

Abonnements
werden bei allen Schweißereien
Vorkauf, sowie beim Verlag
und besten bekannten Agenten
eingekauft, und zwar zum
voraus zahlbaren
Wirtsjahrespreis von:
Fr. 2. — für die Schweiz (Reisepreis)
Fr. 2. — für Deutschland (Gourer)
Fr. 1.70 für Oesterreich (Gourer)
Fr. 2.50 für alle übrigen Länder des
Weltpostvereins (Reisepreis).
Inserate
die dreizehnpaltige Zeitungs-
25 Cts. — 20 Wg.

Der Sozialdemokrat

Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge.

Erscheint
wöchentlich einmal
in
Zürich (Schweiz).
Verlag
der
Moltkebuchhandlung
Göttingen-Zürich.
Postanweisungen
Franko gegen Franko.
Genüßliche Briefe
nach der Schweiz kosten
Doppelporto.

N. 33.

Weise an die Redaktion und Expedition des in Deutschland und Oesterreich verbotenen „Sozialdemokrat“ wolle man unter Beobachtung äußerer Vorsicht abgeben lassen. In der Regel führt man uns die Weise nicht direkt, sondern an die bekannten Bezugsstellen. In zweifelhaften Fällen eingeschrieben.

11. August 1888.

Parteilgenossen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

Wider die Monarchie.

Der Leser braucht nicht zu erschrecken. Es liegt durchaus nicht in unserer Absicht, ihn mit doktrinären Betrachtungen über die beste Regierungsform zu langweilen, noch haben wir im Sinn, hier eine Lanze für die Bildung einer antimonarchischen Liga einzulegen, nichts liegt uns ferner als das. Soweit wir die Bekämpfung der Monarchie für gut und nützlich halten, wird dieses Geschäft viel besser, als es von uns geschehen könnte, von unseren Gegnern, von den Monarchisten selbst, befohlen. Und wie sie gerade in diesem Augenblick wieder daran sind, die monarchischen Einrichtungen gründlich zu unterminieren, wie die „Königlichen“ in Deutschland, „wider die Monarchie“ zu Felde ziehen, das zu kennzeichnen, ist allein der Zweck dieses Artikels. Wir wollen unseren Lesern wieder etwas von der republikanischen Propaganda im monarchistischen Lager erzählen.

Zu den königstreuesten Blättern in Deutschland gehört unweifelhaft die „Königliche Zeitung“. Dieses brave Blatt umschreibt vor einigen Tagen in einem Artikel über die Bestatigung des neuen deutschen Kaisers an die nordische Höfe:

„Berückender als an Wilhelm II. ist niemals an einen jugendlichen Herrscher die Versuchung herangetreten, der Welt den Fehdehandschuh hinzuworfen; nicht an Alexander den Großen, nicht an Karl XII. Was waren ihre Schaaren, was waren sämtliche Heere der Bergangshöhe, verglichen mit der wunderbaren und einzigen Kriegsmaschine, welche der Genius der preussischen Könige und Generale ausgefunden, und die jetzt das Schicksal dem Enkel des ersten deutschen Kaisers als williges Werkzeug in die Hände legt! Deutscher Kaiser für das Gemüth des Soldaten wirkt der Gedanke, das Machtwort auszusprechen zu können, welches diese Maschine in Bewegung setzt, die Schlachtreihen entfaltet, die Feuerschünde entfesselt und den Erdball erzittern macht.“

Deutsche Arbeiterblätter bezeichnen diesen Satz als einen „widerlichen Ausfluß des Byzantinismus“. Fehlgelassenen einmal, unsere werthen Kollegen haben sich durch die — allerdings byzantinische — Form über den geheimen antimonarchischen Zweck des Artikels hinwegtäuschen lassen. Wer ihn näher anschaut, der kann darüber gar nicht im Zweifel sein. Diegt nicht in der Konstatierung der „berückenden“ Versuchung, der der „jugendliche“ Monarch ausgesetzt ist, eine indirekte, aber sehr deutliche Aufforderung, den sehr anschaulich geschilderten Gefahren eines solchen „Berücktwerdens“ ein Ende zu machen? „Führe uns nicht in Versuchung“, betet der gute Christ, wäre es daher nicht ein christliches Werk, ein für allemal dem vorzubeugen, daß in der Gestalt des „berauschenden Gedankens“ der Versuch die Oberhand behält? Wir machen Trunksuchtsgesetze, um dem Unheil vorzubeugen, das durch den unmaßigen Gebrauch von alkoholischen Getränken verursacht wird; was ist aber dieses Unheil im Verhältnis zu dem grenzenlosen Unheil, das der jugendliche Monarch anrichten kann, wenn er, „berückt“ von dem „berauschenden Gedanken“, das Machtwort auspricht, das „den Erdball erzittern macht“? Man braucht diesen Gedanken nur auszubedenken, und die Konsequenzen ergeben sich von selbst.

Ja, die „Königliche Zeitung“, die versteht es eben besser als unsereins, ihre Angriffe zu führen. Grad heraus zu sagen, was man denkt, wie plump und — kompromittierend! Der recht zugespitzte Pfeil erfüllt seinen Zweck auch, wenn man ihn in Rosen eingehüllt abschleudert.

Glaube man nicht, wir unterstellen der Kölnerin Absichten, die der tugendhaften Dame fern liegen. Es ist ihr bitter Ernst damit, die Gefahren zu schildern, die Preußen-Deutschland unter Wilhelm II. gehen — könnte. Und die „Königliche Zeitung“ steht in diesem edlen Bestreben nicht allein. Auf der Rechten und auf der Linken stehen ihr bewährte Kämpen zur Seite, hier vor Allem die „Norddeutsche Allgemeine“, dort die uns Liberalen schillernde „nationale“ Presse, voran die Berliner „Parteiliche Monarchie“. Und an der Volksmündigkeit, der Unerschütterlichkeit des Monarchen zweifeln, heißt das nicht, frevelhaft die Monarchie untergraben? Die „Norddeutsche“ hat uns das so oft vorerzählt, daß wir polizeiwidrig begrifflosstübig sein müßten, wollten wir das nicht begreifen.

Wohlan, es ist ein offenes Geheimnis, daß die von der „Norddeutschen“ u. tagtäglich servierten „Belehrungen“ über die Nothwendigkeit der Fortdauer des Kartells zwischen Nationalliberalen und Konservativen, was so ziemlich gleichbedeutend ist mit einer Unterstützung der Nationalliberalen gegen die Konservativen, ihre Spitze nicht nur gegen die Kreuzzeitungspartei, sondern auch gegen deren allerhöchsten Bönner, Wilhelm II., richten. Der „jugendliche Monarch“ hat sich der Puttkamer-Stöcker-Partei so entgegenkommend erwiesen, daß dieser der Ramm geschwollen ist und sie alle Kräfte

daran setzt, bei den bevorstehenden preussischen Landtagswahlen so viel Abgeordnete zu erobern, als ihr zur absoluten Mehrheit in der „Volkvertretung“ fehlen. Das ist aber gar nicht nach Bismarck's Geschmack, denn auf diese Art würde er unter den obwaltenden Umständen eines schönen Tages von ihr abhängig, hätte er mit ihren „Selbständigkeitsmüden“ zu rechnen. Für die Junker und Minister Alles, aber alle Geschenke, das ist seine Devise. Mitregieren dürfen diese Leute (von denen sein ehemaliger Rathgeber Wagener, der sie aus dem Fundament kannte, gesagt: Die eine Hälfte davon sind Nüssen von Geburt, die andere Ochsen aus Prinzip) nun und Nimmer. Daher jetzt plötzlich der Wahrung: Die Gefahr droht von rechts, der bereits die Wirkung gehabt hat, daß dem rechten Flügel der „Freisinnigen“ ein Hinterpförtchen geöffnet worden ist zum Hineinschlüpfen in die „reichsfreundliche Regierungsmehrheit“, und daß dieser sich auch richtig aufschick, hineinzu — fallen. Die Gefahr auf der Rechten! Was aber ist es, das die „Rechte“ so gefährlich macht? Daß sie für sich hat Wilhelm II., den Gönner — oder sollen wir lieber sagen Schützling? — der frommen Gräfin Waldersee und Gatten der „lieben Freundin“ des nicht minder frommen Pastors Stöcker. Gewisse Leute hätten jetzt vielleicht mehr Ursache als je, durch ihre Handlanger in der Presse von Neuem den Ruf ertönen zu lassen: „Fort mit der Frauenzimmerpolitik! Wir wollen keine Frauenzimmerpolitik!“ Aber sie werden es wohl hübsch bleiben lassen. Es geht ja nicht gegen die Frau des sterbenden Kaisers. Zudem handelt es sich auch nicht um Dinge, für die man die Juden erhitzen kann. Denn das ist das Lustigste bei der Sache — und tragisch kann man diesen Konflikt beim besten Willen nicht nehmen —, daß die Streitenden vergeblich nach einer leidlich ernsthaften „Frage“ ausschauen, über welche sie sich anstandslos streiten könnten, denn daß es sich einzig und allein um Klicken-Interessen handelt, das brauchen nur die Eingeweihten zu wissen. Die liberalen Stempel sucht man mit der Parole zu tödnen, es handle sich um die Rettung der Schule vor den Pfaffen, aber um zum zweiten Mal auf den Heim Bismarck als Feind der Rückwärtsler gehen zu können, muß man ein sehr großer — Professor sein. Für die Schule würde der Feind aller Schulmeister keinen Finger rühren, die wird so oder so verathen.

„Gälte es nur die Parole: konservativ oder liberal, würden wir ohne Zweifel im Vereine mit der „Kreuzzeitung“ und ihren Freunden streben“ — schrieb vor einigen Tagen die „Norddeutsche“, und die Wähler würden gut thun, sich diese Worte zu merken. Nein, worum es sich handelt, das ist nicht die Frage: wer soll regieren? Die Kraftprobe vom Frühjahr wird wiederholt: Die Kaiser, die Kanzler. Natürlich nicht so offen wie damals — der größte Theil des Kampfes muß hinter den Kulissen ausgefochten werden — aber darum mit nicht geringerm Eifer. Und alles natürlich hübsch in „loyalsten Formen“.

Indes, Form hin, Form her, auf die Sache kommt es an, haben die Offiziösen uns oft genug gepredigt. Halten wir uns daher an die Sache, und ziehen wir aus ihr die sich für uns ergebenden Konsequenzen. Da sehen wir zum zweiten Male von Leuten, die den monarchischen Gedanken gepachtet zu haben vorgeben, und die kraft ihrer Stellung und Erfahrung ja unzweifelhaft in der Lage sind, zu wissen, was dies Gottesgnadenthum in der Welt ist, als eine Gefahr für die Entwicklung des Landes hingestellt, wenn die Dinge nach dem Willen des Herrschers von Gottes Gnaden gehen. Wenn das keine Propaganda für die Republik ist, so hat es nie eine gegeben. Ist das auch für das arbeitende Volk Deutschlands zunächst von keinem Interesse, so ist man ihm in seinem Emanzipationskampfe doch so oft mit dem monarchischen Firtelsanz in den Weg getreten, daß es gut ist, wenn ihm von den „getreuen Dienern“ derselben immer wieder von Neuem gezeigt wird, wie man sich über solche Kleinigkeiten, wenn sie einem im Wege stehen, hinwegsetzt. Insofern ist die Kennzeichnung des Kampfes ein sehr nützlich Stück revolutionärer Propaganda.

Das Gottesgnadenthum unschädlich zu machen, war die Aufgabe des bürgerlichen Liberalismus. In Deutschland hat derselbe die zur rechten Zeit verabsäumt, und heute fehlt es ihm an der Lust, und wo er die Lust hätte, am nöthigen Muth, das Verhängnis nachzuholen. Das bleibt der Arbeiterklasse überlassen. Nun, es ist immer gut, wenn einem ein Theil der Arbeit von Andern abgenommen wird.

In der Sackgasse.

Bekanntlich sehen Marx und Engels — ersterer im „Kapital“ und letzterer in seinem Buche gegen Dühring — auseinander, daß die gegenwärtige Produktionsmethode sich auf naturgemäße Weise entwickelt hat, daß sie eine abolut notwendige Entwicklungsstufe war und ist, sowie, daß sie erst dann der sozialistischen Entwicklung weichen kann, wenn das Privatkapital sich soweit konzentriert hat, daß es zur Fessel der Produktion wird.
Auf den meisten Gebieten der Industrie ist dies, wie der fortwährende Wechsel von „guten Jahren“ und allgemeinen Krisen deutlich genug be-

weist, bereits der Fall. Und natürlich streben daher die Kapitalisten darnach, diesen Zustand abzuändern und ihre Geschäfte in einer solchen Weise zu regeln, daß diese Fessel wegfällt.

Das Mittel, welches sie zu diesem Zwecke gefunden zu haben glauben, ist die Bildung von Trusts, Pools, Ringsen oder wie derartige Vereinigungen sonst genannt werden mögen. Aber sie haben sich damit auf einen sehr abschüssigen Boden begeben, auf einen Boden, der mit abso- luter Nothwendigkeit zum Sozialismus hinführt. Die Trusts sind nämlich eine Organisation, welche die Sozialisierung der Gesellschaft ungemein erleichtern wird, — erleichtern wird insofern, als ja gerade ihr Endzweck ist, die Distribution, die Verteilung der Güter, durch eine ganze Gesellschaft zu regeln, statt wie bisher durch einzelne Individuen. Daß diese Gesellschaft nicht aus den Produzenten selber besteht, sondern aus den Besitzern der Arbeitsmittel, ist freilich antisozialistisch — wie ja überhaupt die ganze gegenwärtige „Ordnung“ — aber die Sache läßt sich nach Bildung der Trusts wenigstens mit einem Schlage erledigen, weil die Fabrikanten selbst eine Organisation schaffen, die bloß in die Verwaltung der Arbeit überzugehen braucht, um sozialistisch zu sein; während im entgegengelegten Falle zunächst die Vergesellschaftung des Eigentums und dann außerdem noch die gesellschaftliche Ordnung der Distribution vorgenommen werden müßte.

In solcher Weise erleichtern uns also die Trusts unsere Arbeit, und es kann und ziemlich gleichgültig sein, daß sie das nicht etwa aus Liebe zu uns, sondern lediglich unter dem Zwang der Noth der Welt nützlich thun. Im Gegentheil, wir können darauf stolz sein, daß selbst unsere erbittertesten Gegner gezwungen werden, uns in die Hände zu arbeiten.

Aber noch in einer andern Weise ersiegen sie dieser bitteren Nothwendigkeit. An den Vortheilen der Trusts, nämlich nur diejenigen Antheil, welche denselben angehören, während alle anderen, und also auch zahllose Mitglieder der Bourgeoisie, durch dieses System geschädigt werden. Diese Leute fühlen eben falls den Druck des industriellen Kapitalismus; und wenn auch dieses Gefühl sie noch lange nicht zu Sozialisten macht, so ist es doch wenigstens geeignet, sie allmählig etwas zum Nachdenken zu bringen.

Neulich nun ist diesen biedereren Leuten, die stets an den Ochsen mit den beiden Heubündeln erinnern, eine gar erhebliche Nachricht zugegangen, daß der Zuckerrust „River Sugar Refinery Company“ ungeschliffen sei, und alle großen und kleinen Philister, soweit sie nicht selbst Zuckerwitze glieder sind, kimmten in ihren Zeitungen darüber ein wahres Jubelgeschrei an. Und besonders betonen sie dabei, daß das Einschreiten des guten Rifer Labor „wieder einmal“ bewiesen hat, wie unüberwindliche Gleichheit vor dem „diesem freien Lande“ existiert. „Recht allein die Arbeiter werden wegen Boycottens der Fabrikanten bestraft, sondern auch die Fabrikanten wegen Boycottens oder wegen Ausbeutung des Publikums.“ So lobpreisen die Kapitalistenweise in allen Zonarten.

Schwindel, Schwindel, nichts als Schwindel! Man lese nur die Ausführungen des biedereren Staatsanwalts genau durch, und man wird finden, daß derselbe absolut keine Veranlassung sieht, gegen die Trusts einzuschreiten. Freilich, er erklärt, daß der Trust der „River Sugar Refinery Company“ ungeschliffen ist, aber nur, weil er die Geschäfte einer incorporirten Gesellschaft betreibt, ohne als Trust inoffiziell zu sein. Bist er sich also in der vorgeführten Weise als Ausbeutungsgesellschaft eintragen, dann ist die Geschäfte in Ordnung; und weder Herr Labor, noch irgend ein anderer Staatsanwalt wird auch nur das Geringste gegen ihn einzuwenden haben.

Wie sollte er auch? Er kann ja beim besten Willen nicht! So lange die Gesellschafts„ordnung“ eine kapitalistische ist, muß auch der Staat auf kapitalistischer Basis organisiert sein. Beides läßt sich nicht von einander trennen; bricht das eine zusammen, dann folgt das andere nach. Und darum muß der Staat die Ausbeutung beschützen: es liegt das in der Natur der Dinge!

Man mag also über die Ausbeutung durch die Trusts noch so sehr klagen; etwas dagegen ausrichten kann man auf dem Boden der heutigen „Ordnung“ nicht. Sie sind ja selbst ein Theil, ein notwendiges Glied dieser Ordnung, wenn auch für manchen ein ziemlich schweres Glied dieses Glieds.

Es ist aber immerhin interessant zu sehen, wie den kapitalistischen Ausbeutern nach und nach vor ihren eigenen Auswüchsen bang und immer länger wird. Aber es nützt ihnen nichts; sie haben nun einmal den Höhepunkt überschritten, sie sind nun einmal auf der abschüssigen Bahn, auf der es keinen Halt mehr giebt. Und darum sollen sie kampflos und bestunntlos immer weiter und weiter, bis sie schließlich eines schönen Tages dassehen werden mit aufgesperrten Mäulern und aufgerissenen Augen, wie die Kuh vor dem neuen Thor.

Und dieser Tag wird der Geburtstag der neuen Gesellschaft, der Gleichheit und der Freiheit sein.

Zur Flugblatt-Taktik.

Aus Mittel-Deutschland wird uns geschrieben: Bei vielen Genossen ist heute die Ansicht vorherrschend, daß „radikale“, „revolutionäre“ Flugblätter herausgegeben werden müßten, um das heutige System und dessen Vertreter entsprechend zu brandmarken und die schmällichen Zustände in ihrer ganzen Schreulichkeit dem Volke zu enttellen. Es soll dadurch Licht in die Masse gebracht werden, damit die indifferentesten Arbeiter sich empörten und der Sozialdemokratie anschließen. Das sei aber nur möglich durch „gepflegte“, „scharfe“ und „schneidende“ Flugblätter.

Gleiche Genossen waren gegen ein solches Auftreten, da der Gewinn ein problematischer, der Schaden aber gewiß ein großer sein würde. Die „Radikalen“, die sich über die „Revolutionären“ nannten, gewannen an einigen Orten die Oberhand — was bei dem prävalirenden Auftreten der Polizei und ihrer Handlanger sehr bedauerlich, aber keineswegs als ein Vortheil betrachtet werden kann. Man ließ sich dazu bringen, „radikale“, „revolutionäre“ Flugblätter herauszugeben, um wenigstens einmal seinen Gefühlen freien Lauf zu lassen. Die Folge war: Große Massen von braven Genossen wurden erwischt, verhaftet und zu schweren Strafen verurtheilt. Hunderte von Monaten Gefängnis war das Resultat. In Leipzig z. B. gegen 12 Jahre zusammen. Ebenso werden in Berlin enorme Massen das Resultat sein. Daß der Leipziger Prozeß ein Augenblick war, brauche ich wohl nicht erst zu erwähnen, dies ist schon in früheren Nummern geschehen.

Der Leipziger und ebenso der Berliner Prozeß konnten aber vermieden werden, wenn die Flugblätter in anderer Form gehalten waren.

Ich möchte heute meine Ansicht über die Form der Flugblätter den Genossen unterbreiten. Man kann Alles (?) schreiben und thun, ohne Strafe zu erleiden, nur kommt es auf die Form an, wie es geschieht.

Die Flugblätter sollen und müssen revolutionär sein, weil jede Tätigkeit zur Verwirklichung unseres Zieles revolutionär wirkt; ob die Form der Sprache radikal klingt oder nicht, ist gleichgültig, sobald das Flugblatt den Arbeiter zum Denken gebracht hat, hat es revolutionär gewirkt. Diese Revolution kann sich im Arbeiter vollziehen, ohne daß er mit den Augenlidern zuckt. Die Revolution muß sich erst in den Köpfen vollziehen, ehe sie zur Wirklichkeit werden kann.

Der Appell an „größere und bessere Märkte“ — wie im Leipziger Flugblatt — löst keinen Indifferenten hinter seinem Stammtisch hervor, wohl aber die Staatsanwälte aus ihrem Hinterhalte. Für den bewußten Arbeiter ist es allerdings eine Erinnerung an seine Pflicht; für den indifferenten nicht, weil dieser seine Pflicht nicht kennt. Diesem muß klar gemacht werden, was seine Pflicht ist; geschieht dies im Flugblatt, dann wirkt es revolutionär. Durch „radikale“ Schlagworte von „besseren Märkten“ wird ihm aber kein Verständnis von seiner Klassenlage beigebracht. Dies muß auf anderem Wege geschehen.

Der Egoismus, die Sorge, unter den heutigen schlichten Verhältnissen wenigstens für seine Person ein möglichst gutes Auskommen zu haben, entfremdet den Indifferenten jeder Begeisterung für ein Ideal, das geeignet wäre und ist, ihm Alles zu sichern. Die Kurzsichtigkeit, allein, ohne Mithilfe, sich eine sichere Existenz und ruhiges Leben zu schaffen, läßt in seinem Hirn keinen Platz für ein höheres Ideal.

Diese Kurzsichtigkeit muß beseitigt werden. Und dies kann nur dadurch geschehen, daß man wieder an die persönlichen Verhältnisse der Arbeiter anknüpft. Es muß ihm in jedem Flugblatt gesagt und bewiesen werden, daß er selbst seine schlechte Lage verschuldet. Es muß ihm gesagt und bewiesen werden, daß er andere Interessen hat als der Fabrikant — daß dieser die Zinsen hat, den Lohn zu drücken, herabzusetzen, wogegen der Arbeiter gezwungen ist, Lohnverhöhnungen zu erdulden, wenn er nicht zu Grunde gehen soll. Es muß ihm gesagt und bewiesen werden, daß die sämtlichen Parteien, außer der Sozialdemokratie, nur solche Gesetze machen, welche den Arbeiter belasten und den Reichen noch reicher machen. Es muß ihm gesagt werden, daß, wenn er seine persönliche Lage verbessern will, dies nur durch Anknüpfung an die Sozialdemokratie geschehen kann.

Es muß dem Arbeiter gesagt werden, daß diejenigen, welche er gewählt hat, seine Lage tagtäglich mehr und mehr verschlimmern, daß die Herren Fabrikanten, Großgrundbesitzer, Adligen und ähnlichen Gelehrten seine — des Arbeiters — Interessen niemals vertreten können, weil sie sich ins eigene Fleisch schneiden müßten, was sie nicht thun werden.

Kurzum, man muß alle, alle Lasten und Widerwärtigkeiten, welche der Arbeiter täglich zu erdulden hat, in jedem Flugblatt aufzählen und mit einfachen, scharfen, logischen Worten zum Schluß des Flugblatts in das Reich des Sozialismus einführen. „Fünf- und zwanzigmal muß die Wahrheit wiederholt werden, ehe sie ins Volk dringt“, sagt Johann Jacoby, und er hat Recht.

Backt in jedem Flugblatt den Menschen an seiner traurigen und elenden Seite an, greift fortwährend in seine Wunden, die er tagtäglich an sich fühlt, und führt ihn mit ruhigen, aber leicht verständlichen Worten in die Arme der Sozialdemokratie!

Ferner ist bis jetzt die Beamtenklasse nicht genug gewürdigt worden. Die Regierung stützt sich heute auf alle Beamten, sucht alle sich nutzbar zu machen. Thun wir dasselbe! Viel Nutzen können wir davon haben. Sind die Beamten auf unserer Seite, so werden wir Manches erfahren, was für uns von großem Werte ist. Suchen wir systematisch die unteren Beamtenklassen zu gewinnen. Sagen wir ihnen: Ihr Lohn, warum unterliegt Ihr den Staat im Kampfe gegen uns, der Euch einen Hungerlohn von ein paar Mark gibt? Seht, wie Ihr Alles thut, was der Staat haben will, und doch werdet Ihr bei jeder Gehaltsverbesse rung übergegangen und nur die hohen Beamten bekommen zu ihrem hohen Gehalt noch eine hohe Zulage! Seht Ihr denn nicht, wie man Euch fortwährend gebraucht und nie etwas gibt! Die Briefträger, die Eisenbahnbeamten und Hilfsarbeiter und so weiter müssen wir in jedem Flugblatt erwähnen und ihnen vorhalten, wie schlecht sie für ihre Dienste belohnt werden. In jedem Flugblatt müssen wir dasselbe wiederholen und vorrechnen, wie der Staat, dem sie geistig und körperlich ihre ganze Kraft geben, sie nicht in dem Maße belohnt, wie sie es verdienen, und daß es nur besser werden kann und wird, wenn sie sich der Sozialdemokratie anschließen.

Die Beamtenklasse wird als Stütze des heutigen Staats bedürftig — „untergraben“ wir diese Stütze, appellieren wir an die persönlichen Leiden der Beamten und zeigen wir denselben, daß es nur dann besser wird, wenn sie nicht mehr dem heutigen System Heerfolge leisten.

Haben wir sie durch Erinnerung an ihre Leiden in Gegensatz zu ihrer bisherigen Denkweise gebracht, so hat das Flugblatt revolutionär gewirkt — ohne daß es einem Staatsanwalt möglich sein wird, einen Prozeß zu machen — dann sind auch sie für ein Ideal zu begeistern, weil sie eingesehen, daß sie nur durch geschlossenen Ausbruch ihre persönliche Lage und zugleich die ihrer Mitmenschen verbessern können. Sie werden in das Revolutionsheer hinüber geführt auf dem Wege der Belehrung.

Durch „Kraftstellen“ gewinnt man nicht immer. Stößt aber Viele vor den Kopf. Für ein Flugblatt mit Kraftstellen, das mehrere hundert Romane an Gefängnis einbringt, und viele Tausende Mark Unterstützung kostet, aber kaum so viel Stimmen, wie Romane Gefängnis einbringt, kann man 25 Flugblätter herausgeben, welche zusammen nicht mehr kosten, für unsere Oberen aber mindestens ebensoviel neue Anhänger, für unsere Kandidaten ebensoviel Stimmen, aber keine Gefängnisstrafen einbringen und keinem Genossen Schaden zufügen.

Wir müssen unter den heutigen Verhältnissen einen Weg einschlagen, auf dem wir möglichst wenig Schaden erleiden, aber dem Feind möglichst viel Schaden thun. Tabak der Zauderer steigt dadurch, daß er den Feind nicht offen angriff. Wenden wir denselben Schlag an, er wird uns viel nützen und dem Gegner viel schaden — denn jede Tätigkeit von uns wirkt revolutionär, ob mit oder ohne „Kraftstellen“. Mit „Kraftstellen“ haben wir bestimmt Gefängnis und Geldstrafen als Desseret in Aussicht, nie aber den sicheren Zuwachs an Anhängern. Besserer Belehrung siehe ich zu Diensten.

Einer, welcher den Staatsanwälten keine Freude, sondern Kerger bereiten will.“ —

Dies die Aufschrift. Wir haben uns schon selbst über die Frage ausgesprochen, so daß wir für heute nur einige Bemerkungen machen wollen. Allerdings ist es mit den Flugblättern nie und da zu leicht genommen worden. Ein gutes Flugblatt zu schreiben, das einerseits der Partei nützlich ist, auf der anderen Seite aber auch den Gegnern keine bequemen Handhaben bietet, ist heutzutage sehr schwierig und setzt, außer der sonst nötigen Befähigung, bei dem Verfasser oder dessen Beratern eine große praktische Erfahrung und eine genaue Kenntnis der einschlägigen Gesetze voraus, andernfalls kann beim besten Willen und mit den besten Kräften mehr Schaden als Nutzen gestiftet werden. Gleichwohl darf man sich nicht dem Wahne hingeben, in der heutigen Zeit der Polizeibrutalität und Richterkorruption gemäße auch die sorgfältig angewandte Vorsicht absolute Garantie gegen Strafverfolgung und Verurteilung.

Was insbesondere das in obiger Aufschrift erwähnte Leipziger Flugblatt betrifft, so wäre es allerdings nicht schwierig gewesen, alles Gesagte und noch viel mehr in einer Form zu sagen, die dem Staatsanwalt das Spiel wesentlich erschwert hätte. Lediglich wird uns in Bezug auf diesen Fall mitgeteilt, daß das Verbleiben der „ungeschickten Stellen“ nur dem Zusammenstreffen widriger Umstände zu verdanken, und den Leipziger Genossen nicht Schuld zu geben ist.

Sozialpolitische Rundschau.

Büch, 8. August 1888.

— Aus Deutschland, den 8. August, wird uns geschrieben: Je mehr die Annatur und Gemeinshaftlichkeit der heutigen Staats- und Gesellschaftszustände hervortreten, desto frecher und systematischer muß

von den Gewaltthätern und deren Soldatesken gelogen werden. Recht deutlich sehen wir das an den Keuperungen der Kartell- und Reptil-Preße über die sogenannte „Kaiserreise“ oder „Reisefahrt“ (die bei- läufig mit höchst ungeliebter Seemannschaft verbunden war) und die sonstigen den neuesten Kaiser betreffenden Dinge. Es wird uns tagtäglich in immer längeren Artikeln und immer empfindlicher Form vorgelesen, die Besorgnisse, welche sich an den letzten Thronwechsel geknüpft hätten, seien vollständig beseitigt worden, und dem pflichttreuen Sohn „unseres Reichs“ sei es gelungen, sich die Herzen und das Vertrauen der Menschen im Sturm zu erobern.

Niemals ist unverschämter gelogen worden. Weit entfernt, Besorgnisse zu beschwichtigen, hat die sogenannte „Kaiserreise“ in der ganzen Welt Besorgnisse wachgerufen, und selbst in den „Verbündeten“ des deutschen Reichs den Argwohn erweckt, der Schüler des Bismarck, Stöcker und Puttkamer plane, im Einklang mit seinen miederösterreichischen Anhängern ein Schuß- und Truhnenbüro mit dem barbarisch-despotischen Zarreich und eine Koalition gegen die französische Republik — also den Weltkrieg.

Und einen anderen Zweck hat diese Reise auch unzweifelhaft nicht gehabt — sonst wäre sie völlig sinnlos gewesen; daß aus dem schönen Plan nichts geworden, ist jedenfalls nicht die Schuld des neuesten Kaisers, der zum Glück ebenso wie gemöhnliche Menschen sich der Logik der Thatsachen fügen muß und mit dem Kopf nicht durch die Wand rennen kann.

Eine nicht minder unverschämte Lüge — und Charakteristischerweise wird sie auch von fortschrittlichen Blättern verbreitet — ist die Behauptung, der neueste Kaiser habe die bösen Gerüchte in Bezug auf seine Person, durch seine Handlungen als Kaiser auf schlagendste widerlegt, und das unseiner vorhandenen Kritiken erfolgreichst aus der Welt geschafft. Das genaue Gegenteil ist der Fall. Alle Handlungen des neuesten Kaisers vom Moment seiner Thronbesteigung an bis zum heutigen Tag haben ausnahmslos nur dazu dienen können, die Richtigkeit jener Gerüchte zu bestätigen und die Begründetheit jenes Mißtrauens zu erweisen. Die Haß, mit welcher das Scepter den noch nicht erkalteten Fingern des Vaters entrißen ward — die Sequestrierung der Mutter — der Versuch, die Papiere des Vaters durch einen polytechnisch-militärischen Handreich in seinen Besitz zu bringen — die Anordnung der Bergmann'schen Schmalzschicht, die ihre Spitze gegen die Mutter und auch den Vater des pflichttreuen Sohns richtet — die demonstrative Auszeichnung des Pasquillanten Treitschke, der die Regierung des Vaters ziemlich unerschrocken für ein nationales Unglück erklärte — wir dächten, das wäre genug, um uns ein klares und scharfes Charakterbild zu geben.

Nimmt man hierzu die demonstrative Auszeichnung des Puttkamer, dem der sterbende Vater einen Fußtritt erteilte — die Proklamationen „an mein Heer“, „an meine Flotte“ und „an mein Volk“ — die reaktionären Banalitäten der Reichstags-Thronrede, die auch nicht den kleinsten Lichtblick eines edlen und strebenden Geistes zeigt — die Fortsetzung der sozialistengesetzten Polizeipolitik und last not least, die Furcht, welche der neueste Kaiser vor „seinem Volk“ hat, die Kengilichkeit, mit der er sich unter den Schutz der Polizei und des Militärs flüchtet, und das Charakterbild ist so vollständig, hat so scharfe Umrisse, daß eine mißverständliche Auffassung einfach unmöglich ist.

Wir gestehen, daß die Kühnheit, mit welcher der neueste Kaiser sich so gibt, wie er ist, und einen gewissen Respekt einflößt. Verschiedene Korrespondenten, die allerdings keine Ahnung von der Tragweite ihrer Vermutung gehabt zu haben scheinen, haben von einer unerkennbaren Ähnlichkeit des deutschen Kaisers mit dem russischen Zaren geredet — nur daß Letzterer einen Kopf größer ist als sein schwächlicher Neffe. Aber dieselbe Resonanz ist angehängt einer großen Menschenmenge, derselbe schone Blick, wenn irgend ein Fremder, der keine Uniform und keinen Polizeihundstreck trägt, in weniger als vierfachen Bombenmursache austanzt.

Da — an Verfolgungswahn streifende Furchtsamkeit des Zaren hat den neuesten deutschen Kaiser, der von seinem Hausmeister schon gut vorbereitet war, noch ängstlicher gemacht. Die fünfzig Spigel, welche er aus Berlin mitgenommen hatte, genügen in Petersburg nicht mehr — die Zahl mußte verdoppelt werden; und um die Sache nicht gar zu auffällig zu machen, hat man neuerdings die napoleonische Praxis eingeführt — die übrigen „Eisenstämme“ seit Jahren schon übt — und die Spigel ganz theatergerecht auf patriotisch-loyale „Volk-Rundgebungen“ dressirt.

Schade nur, daß dieses Gefindel auch hierfür zu dümm ist; durch sein übertriebenes, aufdringliches Hochbrüllen haben die Berliner Spigel ihrem Patron in Kopenhagen eine recht unangenehme Szene verursacht — er ist dort nämlich, als er sich an der Seite des dänischen Königs positionierte, nach Noten ausgehört und ausgespioniert worden. Die Unpopulartät des jungen „alten Reichs“ hat natürlich ihr Theil an dieser Explosion des Volkswillens, allein es steht fest — und die dänischen Blätter versichern es einstimmig — daß der Unwille erst durch die Berliner Spigel, welche sich wie toll geberdeten und unter Urrath-Gebrüll auf den „deutschen Kaiser“ jeden zum Gruß „der Majestäten“ aufforderten, entfesselt und zum Ausbruch gebracht wurde.

Die Kengilichkeit des neuesten Kaisers äußert sich in Allem und Sämmtliche Familienglieder werden stets von einer Spigelhorde bewacht — sogar die neueste Kaiserin nebst dem neuesten kaiserlichen Rekruten — und selbst die „vier armen kleinen Bürgchen“, der „Zukunftskaiser“, muß seinen drei jüngeren Soldaten-Gewohnheiten werden in ihrer „Kaiser-Byhle“ auf dem Oberhof (Thüringen) nicht von der Angst- und Spigel-Epidemie verschont — sie dürfen keinen Schritt thun, ohne von Gen darmen umringt zu sein! Es ist unglücklich, aber wahr — durch die unverlässlichen Berichte festgestellt, und von den Reptil-Blättern indirekt bestätigt!

Kurz — der neueste Kaiser ist, wie wir schon früher andeuteten, ganz in der richtigen Verfassung, die Erziehung des Hausmeisters und Oberhofmeisters hat sich vortrefflich bewährt, und wir können uns ungefähr denken, was aus solchem Boden herauswachsen muß.

Und inzwischen singt die Reptilpresse Jubelgesänge auf das „Erstarben des monarchischen Gedankens in Europa!“ Dieser starke monarchische Gedanke, dessen Träger so stark sind, daß sie sich nicht ohne Schuß unter die Menschen wagen!

Kurz — wir haben jedenfalls keinen Grund, ob dieser „Erstarkung des monarchischen Gedankens“ und die Haare auszurufen. Nur hübsch weiter „erstarbt“!

— Die nächste Reichstagswahl wird spätestens, das heißt wenn der jetzige Reichstag bis zum Eröschen seines Mandats zusammenbleibt, im Frühling des Jahres 1890, also in ungefähr anderthalb Jahren, stattfinden. Es ist aber mit ziemlicher Gewißheit anzunehmen, daß die Wahl schon früher vorgenommen wird. Wir haben bereits wiederholt darauf hingewiesen, welches brennende Interesse die reaktionären Parteien an dem Ausfall der nächsten Reichstagswahl haben, aus welcher der erste fünfjährige Reichstag hervorgehen soll. Der Ausfall der nächsten Wahl entscheidet thätlich über Sein oder Nichtsein der Bismarck'schen Wirthschaft. Kann die larte-überläufige Majorität nicht wiedergewonnen werden, so gibt es für Bismarck keine andere Wahl, als sich entweder dem Volkswillen zu beugen, oder mit dem jetzigen Scheinkonstitutionalismus zu brechen und einen Staatsstreik zu machen, der das allgemeine Stimmrecht beseitigt und dem Reichstag bloß eine beratende Stimme läßt.

Und das Eine ist dem Fürsten Bismarck so unangenehm wie das Andere. Er braucht den Nimbus der Volkshämlichkeit, welchen das allgemeine Wählerrecht ihm verleiht. Und da er jetzt weniger als je an den Rücktritt denken kann, so wird er selbstverständlich mit der ihm eigenen Rücksichtslosigkeit Himmel und Hölle in Bewegung setzen, um sich eine Majorität zu verschaffen. Die Reinitomben und Bretterbaraden genügen diesmal nicht. Wir werden aller Wahrscheinlichkeit nach bis zur Mobilisirung gelangen. Zu den notwendigen Anrufen gehört jedoch auch, daß die Wähler überrascht, aber umgepelt werden. Nun kann aber der Wahltermin nicht gut über den 21. Februar 1890 hinausgeschoben werden, weil der Reichstag an diesem Tage aufhört zu existieren und nach dem 21. Februar 1890 nicht mehr das Recht hat, zu sitzen, also nicht mehr als Jochreier-Chorus benutzt werden kann und folglich keinen praktischen Werth mehr für den Eisenstämme hat. Unter solchen Umständen spricht Alles dafür, daß der Wahltermin vor dem 21. Februar 1890 sein wird. Dies ist freilich die Auflösung

des jetzigen Reichstags voraus. Inwiefern das ist kein Hinderniß. Der jetzige Reichstag kann, falls die Auflösung z. B. für den Herbst des kommenden Jahres geplant wird, noch recht gut zwei Sessionen haben — eine im Winter 1888/89 und eine im Spätkommer des folgenden Jahres — so daß die reaktionäre Majorität bis auf's Aeußerste ausgenutzt werden kann. Ist dann Alles gebürg für die Wahl präparirt, sind unter dem Gebrüll des Blagiats:

Wir Deutsche fürchten Gott, sonst nichts auf der Welt!

die deutschen Kugelmichel so ins Bodsthorn gejagt, daß ihnen aus jedem Bierseidel ein paar Duzend Franzosen entgegengrinsen, die natürlich „vertilgt“ werden müssen — dann kann die Auflösung erfolgen, und der neue Reichstag kann schon im Dezember zusammentreten, so daß er noch bequem Zeit hat, das Budget für 1890/91 zu bewilligen — denn bloß um „bewilligen“ wird sich's ja handeln.

Genug — wir machen auf diese Möglichkeit, die eine Wahrscheinlichkeit ist, zu praktischen Zwecken aufmerksam. Soweit wir unterrichtet sind, lassen die Vorbereitungen für die nächste Reichstagswahl innerhalb unserer Partei noch sehr viel zu wünschen übrig. Ramentlich ist man in vielen — darunter einigen der besten! — Wahlkreisen noch nicht einmal über die Person des Kandidaten im Reinen. Wir wissen allerdings, daß die Wahl der Kandidaten aus verschiedenen Gründen diesmal ganz besondere Schwierigkeiten bietet, doch das ist nur ein Grund mehr, die Kandidatenfrage zeitig zu regeln und überhaupt Alles „klar zu machen“ für die Wahlschlacht. Wir dürfen uns nicht überrasschen lassen!

— Ein recht netter Rechtskühler ist der Staatsanwalt — ja, mit dem Namen können wir leider nicht aufwarten, füttemalen der Biedermann im Bewußtsein seiner Größe seinen Namen zu unbedeutlich schreibt — also der erste Staatsanwalt am Landgericht Kiel. Wie derselbe seinen Beruf ausübt, dem verletzten Recht zur Gemüthung zu verhelfen, beweist folgender Brief an einen in der Fabrik von Bries in Reumünster (Holstein) beschäftigten Lehrling, dem sein Meister — Theede ist der Name dieses Prügel-Pädagogen — mit einem Stock geschlagen und, als derselbe zerbroch, mit einem zweiten, in dem ein Nagel steck, so übel zu gerichtet, daß der junge Mensch mehrere Löcher im Kopfe hatte und sich in ärztliche Behandlung geben mußte. (Wir entnehmen den Brief der „Grünl. Tagespost“.)

„Der erste Staatsanwalt beim königlichen Landgericht zu Kiel. Auf die am achtzehnten d. M. (Juni) bei der königlichen Kirchspielvogtei zu Protokoll gegebene Anzeige werde ich gegen den Werkmmeister Theede strafrechtlich nicht einschreiten. Nach § 127 der Gewerbeordnung sind Sie als Lehrling der väterlichen Zucht Ihres Lehrherrn unterworfen. In der väterlichen Zucht liegt auch das Zuchtigungsrecht des Lehrlings für Unarten und schlechte Aufführung. Sie haben aber sich in mehrfacher Weise schwer gegen das Gesetz und die Ordnung vergangen, indem Sie die von Ihrem Lehrherrn angeworbenen, fremden Arbeiter (nämlich behufs Lohnbrüchigkeit importirte Thüringer Arbeiter) bedroht und dieselben demnach durch Werken mit Spulen bei der Arbeit gestört, und dann noch dem Werkmeister durch Abklagen der oben begangenen Unart frech belogen haben. Sie hatten demnach die Ihnen erteilte Zuchtigung in vollem Maße verdient. (1) Sollte bei der Zuchtigung auch aus Versehen (2) der eine Schlag Ihren Kopf getroffen haben, so haben Sie sich auch diese Verletzung selbst zuzuschreiben. (3)“

Wunderbare Rechtsbegriffe, nicht wahr? Der Herr Staatsanwalt spielt hier Staatsanwalt und Richter in einer Person. Und was für einen Richter! Eine Mißhandlung, wie sie in einem Zuchthaus unerhörte wäre, „väterliche Zuchtigung“! Und berechnete väterliche Zuchtigung, obwohl noch gar nicht festgestellt ist, ob der Lehrling die ihm vorgeschriebene Handlung wirklich begangen, während das Attest des Arztes, der denselben behandelt, den Beweis liefert für die Mißhandlung, deren Opfer er geworden. „Sie haben sich auch diese Verletzung selbst zuzuschreiben.“ Das ist ein Freibrief für alle Knochheiten und Injämien, die Meisterbänke nur ausdenken mag. Und wenn der Nagel in die Augen des Lehrlings gedrungen, hätte sich derselbe auch den Verlust des Augenlichts „selbst zuzuschreiben“ gehabt?

Ei freilich, er hat sich ja „gegen Gesetz und Ordnung schwer vergangen“. Der liegt der Hase im Pfeffer. Der Lehrling hat für die Sache der außer Erziehung Gedrängten Sympathie bezeugt, das ist ein schweres, das schwerste Vergehen gegen „Gesetz und Ordnung“! Rämlich gegen die heiligen Gesetze der Ausbeuterordnung.

Darum gibt es keinen Rechtschutz für ihn, darum ist er vogelfrei. Der Lehrling, resp. seine Mutter haben sich bei der Abweisung nicht beruhigt und an die höheren Instanzen appellirt. Wir wollen sehen, wie diese über die Rechtsbegriffe des ersten Rechtskühlers am Landgericht Kiel denken.

— Schon wieder das „eherne Lohngesetz“ gegen die Arbeiter ausgespielt. Der große Schlerer — wer in unserer raschlebigen Zeit etwa vergessen haben sollte, wer und was der Träger dieses Namens ist, für den bemerken wir, daß Herr Schlerer ein großer Fabrikbesitzer vor dem Herrn und außerdem Reichstagsabgeordneter für den 28. sächsischen Wahlkreis ist — also dieser Herr macht Schule. Wie er im deutschen Reichstag die Erhöhung der Streikbestrafung damit vertheidigte, daß, wenn auch dieselbe eine Verschärfung des Brotes zur Folge habe, dies doch für die Arbeiter kein Nachtheil sei, da nach dem ehernem Lohngesetz sich der Lohn sehr bald entsprechend heben werde, so wird auch jetzt in der Liberal-konserwativen „Neuen Zürcher-Zeitung“ eine Erhöhung des Salzpreises wie überhaupt das System der Konsumsteuern mit dem klassischen Satz beantwortet: „Je höher der Unterhalt für's tägliche Leben, desto höher sind die Arbeitslöhne.“

Demnach, bemerkt dazu der „Grünländer“, hätte der Staat nur tüchtig indirekte Steuern zu dekretiren und die Lebensmittel zu vertheuern, dann kämen die Arbeiter ohne Weiteres auch zu größerem Löhnen.“

Nun braucht den Gedanken nur in seinen Konsequenzen zu verfolgen und die Abgesamtheit leuchtet von selbst ein.

Wir wollen's doch lieber nicht darauf ankommen lassen — läßt der „Grünländer“ fort — „die Arbeiter wären düpiert, selbst wenn der Satz in der „Neuen Zürcher-Zeitung“ wahr wäre, was er nur theilweise ist. Denn die Lohnhöhe wird noch von anderen Faktoren beeinflusst, von Angebot und Nachfrage u. s. w., wie ja thätlich die Steigerung der Löhne in vielen Geschäftszweigen mit der Verschärfung des Lebensbedürfnisses in den letzten Jahrzehnten nicht Schritt gehalten hat.“

Nicht nur das, sondern in vielen Industrien sogar umgekehrt, trotz der Verschärfung der wichtigsten Lebensmittel, beständig gesunken ist. Und gerade die Blätter vom Schläge der „Neuen Zürcher-Zeitung“ tragen nach Kräften das Ihrige dazu bei, diese Seite der Entwicklung möglichst zu fördern, indem sie allen Versuchen der Arbeiter, sich durch Annäherung des Koalitionsrechtes dagegen zu schützen, entgegenarbeiten.

Wenn hätte man diese warmen Volkstheorien bei einem Streik je an Seiten der Arbeiter gesehen? Wie das Butterbrod fallen sie regelmäßig auf die fetten Seite, d. h. die Seite der Meister, und machen sich alle von diesen ausgehenden Verleumdungen zu eigen. Wenn sie Sozialpolitik machen, so heißt es daher doppelt und dreifach aufpassen! Bis auf Falschheit ist allemal dabei. Reist ein sehr großes Bißel.

— Die Rechtslosigkeit des deutschen Philistenthums — leider kann man den letztgenannten Begriff nicht einmal auf das Bärge- thum beschränken, da sich ja immer noch Arbeiter finden, welche dem Drang die „guten Kinder“ zu spielen, nicht widerstehen können — also das deutsche Philistens Rechtslosigkeit wird trefflich durch folgenden Bittelbrief eines Kriegervereinskommitees irgend einen der vielen, auf Deutschlands Ruin abgedenkenden Prinzipal-Infanterie, den wir — den Brief, nicht den Prinzipen — in der unabhängigen gestanten Presse abgedruckt finden:

„Euer königliche Dohelt gestattet sich das unterthänigst ge- gehorsamst gefertigte Komitee allerschwerstvollst vorzu- tragen, daß am Sonntag den u. s. w. die Enthüllung des Kriegerdenkmals stattfindet, und unterbreitet Euer königlichen Dohelt ein unterthänigst gehorsamst gefertigte Komitee die allerschwerst- furchtsvollste Bitte, Eure königliche Dohelt möge Alles“

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

Der
les
sen
en
ge
nd

us
är-
en,
sch
—

in
wir
s
el
ter
er
ler-
in-
ei,
ge
n-
ent

ja,
der
lich
gt
So
breit
den
—
mit
dies
icht

Auf
zu
cede
sind
ter-
des
sch
d
tom-
re
mit
fiter
Sie
ein
ber-
en
71)
woll
für
chert
ich
im
des
and-
ung
und
der
aus

er-
die
ein
ang-
n g-
er-
nicht
wie
richt

Ar-
sch
dies
be-
den
is
er
Ole
rotel
nach
erde,
ung
stent
hat
ind

nut
ver-
schen
olgen

fährt
der
ei-
ein-
Sich-
der
halten

r o
Le
ang-
flant
durch
eiten-
e an-
reged-
nach
is
affen-
el.

—
irger
vrand
be
olgen
s o
cing-
umab

g
vory
legen
be
s
le

gnädigst gerufen, dieser Feier beizumohnen. In tiefer Ehr-
furcht erwidert Euer Königlichen Hoheit unterthänigst gehor-
samstes Kommando u. s. w.

Kann man auf neun Zeilen mehr Hundebemuth unterbringen, als
es hier „unterthänigst gehoramt“ geheißen? Schwerlich, wie es auch
allerdings unmöglich ist, das Zeug hinunter in irgend eine andere
der modernen Kultursprachen zu überlegen. Knechte im Superlativ sein
zu können, ist ein Vorrecht, das der Deutsche ebenso stolz sein darf
wie auf das Kunststück, diesen Superlativ durch das Vorsetzen der
Silbe „aller“ noch auf einen neuen Superlativ emporzusteuern. Diese
Niedertracht aus der deutschen Sprache herauszubringen, ist ein
würdevollerer Beginn als die sich jetzt allermählig breitmachende Wuth,
Fremdwörter, die längst Gemeingut des ganzen Volkes geworden, aus-
zujreiben und durch schlechte, geschraubte Uebersetzungen zu ersetzen.
Wenn der Deutsche auch fürchterlich Vorliebe hat für „Thürwart“, so
ist das wahrlich ein kleinerer Schaden, als wenn er in alle Einzelheit
„allerunterthänigst erwidert“. Diese niederträchtige Redensart
wird in der erwähnten Zeitungsnote durch folgende Randglosse
perlenreife gemacht:

„Es folgen noch (d. h. dem Brief) die Namen der erforderlichen
Personen, die wir aber mit der Rücksicht, die Todten geziemt, ver-
schweigen wollen.“

Ob aber mit dem Wort auch die Sache verschwinden würde, das ist
freilich eine andre Frage. Dazu brauchte es einer andern als einer
bloßen Sprachreinigung.

— Knechte für alle. Wer etwa aus der Thatfache, daß in der
vorstehenden Notiz der betreffende Kriegerverein nicht namhaft gemacht
ist, den Schluß ziehen wollte, daß der Brief nicht echt, sondern
bloß eine Erfindung eines Uebelwollenden sei, um die Kriegervereine
in der öffentlichen Meinung herabzusetzen, den wird die folgende Notiz
eines Besizers belehren:

„Dom Rhein. Am Sonntag den 22. Juli fand in Elberfeld ein
Delegirtenstag von ehemaligen 8. Husaren“ aus
Rheinland und Westfalen statt, auf welchem große Begeisterung
herrschte über die Kunde von der Ernennung des russischen
Thronfolgers zum Chef des Husaren-Regiments
Nr. 8, dessen letzter Chef König Ludwig II. von Bayern gewesen war.
Die Begeisterung brach sich Bahn in einem Begrüßungs-Tele-
gramm an den Großfürsten Thronfolger, welches, wie
in Lokaltablern gewissenhaft berichtet wird, 40 Kl. gekostet haben
soll! Als die Antwort des Thronfolgers mit dessen Danke eintraf,
waren die „patriotischen“ Delegirten schon zu Hause; denn sie kam zwei
Tage später.“

Man sieht, die Kriegervereine „ersterben“ nicht nur vor ihren an-
gekauften, sondern auch vor allen möglichen fremden Fürsten. Statt
sich schönens für die „Ehre“ zu bedanken, zum „Chef“ den Prinzen
eines Landes zu erhalten, in dem das Deutschtum in jeder Weise ge-
schmälert wird, gerathen diese Kriegervereine über dieselbe vor Freude
hinaus dem Hühnerstall. Was kümmert sie alles andre, es ist ja ein
Prinz, ja, ein Thronfolger, mit dessen — Horee hätten wir bald
selbst — mit dessen Namen sie sich künftig brüsten können. Und nach
diesem Akt krauzigter Servilität haben sie hoffentlich ein Lied an-
gestimmt von „des Kriegers Freiheit, hohen Sinn“, von „Männertum“
und „kühner That“, denn dabei riskirt man nichts und es hört sich doch
sehr gut an. Im Lied schwärmen sie ja alle für die Freiheit, diese
Krieger, die sie in der Wirklichkeit tagtäglich menschen heissen —
„mit Gott für König und Vaterland“.

— Apropos. Die Gemahlin des neuesten deutschen Kaisers hat
den „fünften Rekruten“ zur Welt gebracht. Noch einen — und sie hat
den die Hohenzollernmedaille verdient. Oder gehören sieben Rekruten
dazu? Bei dieser Gelegenheit fällt mir ein Titel aus dem „All-
gemeinen Wahlzettel für den deutschen Buchhandel“ ein. Jahrgang
XXXII S. 1816 von diesem Jahr finden wir dort Seite 18 von oben
in fetter Gothischer Schrift die monumentale Inschrift:

Hohenzollern — Säugthiere — Nias.

Zu diesem Text (bei dem allerdings die Nias fehlt) hat der
berühmte Judentheoretiker „Gerhard von Kappeler“ folgende Verse verfaßt:
Ein Preudenheim nach langer Nacht und Noth!
Ständiger Zukunft heiliges Morgengroß!
Der fünfte Prinz! O, kühner Sommerlüste
Es lebe in die besten Kaisergrüße
Und tragt des Großen und Urgroßvaters Ruh
Som neuen Glüd die frohe Kunde zu.
Heil, hohe Mutter, Dir und Deinen Gaben,
Den fünf erlauchten und holdseligen Knaben!
Die Finger sind sie an der Gotteshand,
Die wieder segnend ruht auf unserm Land.

Hoffentlich sind die „fünf Finger“ seine langen Finger, wie die Freunde,
Patrone und Günstlinge des „Kappeler“ zu haben pflegen. Daß der
„fünfte Rekrut“ schon tüchtig herhalten muß für die Populärtheatralik, die
welche jetzt für den neuesten Rekrut mit aller Macht reptilischer Kellame
betrieben werden muß, das versteht sich von selbst; und auch die vier
anderen Rekruten werden dem Publikum tagtäglich vorgeführt, sogar
im Fern und noch naturalistischer. Mandus vult decipi (die Welt
will betrogen sein) — und in den Augen dieser Sippe ist die Welt so
dumm, daß sie gar nicht merkt, „mit wie wenig Aufwand die Welt
regiert wird.“

— Puttkamer war doch ein elender Stümper. Hat er da,
dem deutschen Ausbeutertum zu Liebe, einen Streifen aus dem
Stapel gelassen, der sich bloß durch den hohen Grad der Brutalität
auszeichnet, mit welcher die Polizei den Fabrikanten im Lohnkampf
gegen die Arbeiter zu Hülfe kam. Man konnte freilich von diesem schmal-
blättrigen Junker eine neue oder eigene Idee nicht erwarten — die
preussischen Junker sind ja gerade wegen ihrer Ideenarmuth und Bru-
talitätsüberausigkeit bekannt! Welch andere Kerle sind da die „pra-
tischen Amerikaner“! Nicht daß sie weniger brutal wären, nein, ihre
„goldene Rücksichtslosigkeit“ ist viel urwüchsiger, weil ihre Machtmittel
auch viel gewaltiger, aber ihre Brutalität ist doch mit einer gewissen
Finesse verbunden — es ist nicht die bloß hölzernen Kollisions-
Atmosphäre, die ihr Gehtzen umwehelt. Die kolossalen Streiks in Ame-
rika, gegen welche die europäischen Arbeitseinstellungen nur Zwerg-
erscheinungen sind, liegen natürlich den amerikanischen Großfabrikanten
und Fabrikanten-Koalitionen genaugen im Magen. Wie dieselben un-
möglich machen oder doch vereiteln? Die Chicagoer Pinkerton'sche
Privatpolizei, die bekanntlich auch durch falsche Zeugen, künstliche
Beschwerden und Richter Spies, Parjans und Genossen an den Galgen
brachte, hat das Kunststück geleistet. Durch die amerikanische Arbeiterpresse
geht der Abdruck eines „geheimen“ Zirkulars, das diese Polizei an
die Fabrikanten geschickt hat und aus dem wir folgenden Auszug bringen
wollen:

„Pinkerton's National-Detective-Agentur,
191—193 Fifth Ave., Chicago.“

Meine Herren!
Wir lenken Ihre Aufmerksamkeit auf die Vorzüglichkeit unserer
Polizei und bieten Ihnen im Falle der Noth dieselbe zum Dienst an.
Unsere Leute sind sorgfältig ausgebildete Menschen, welche
natürlich Anlagen zum Geheimdienst haben, unter trefflicher Dis-
ziplin stehen und von erfahrenen Offizieren kommandirt werden.
Korporationen und Gesellschaften, welche die Ge-
sinnung ihrer Arbeiter kennen lernen wollen, oder erfahren
möchten, ob dieselben unter gewissen Umständen wohl freitren
würden, oder ob dieselben einer geheimen Arbeiter-
Organisation angehören in der Absicht, bestimmte
Bedingungen von Korporationen oder Arbeitgebern zu er-
zwingen, — wollen sich vertrauensvoll an uns wenden; wir
werden sofort einen Detektiv als geeigneten Aus-
tandshafter senden.
Wie nicht anders zu erwarten, daß dieses amerikanische Spionensystem
den Begriff der „Kundschaft“ im Sinne der Doppelpolitik
aufgefaßt. Die Pinkerton'schen Detektives haben sich nicht mit der Rolle
des Spions begnügt, sie wurden thätige, eifrige Gemeinheitsmitglieder,
die arrangirten und heheln zum Streik, sie predigten die „Propaganda
der That“ — sie lieferten à la Coudreau das Dynamit — in den
gesetzgebenden Körperschaften waren unter dem Schein der Heumarkt-
Bombe zeitgemäße „Verschwörungsgesetze“ eingebracht und angenommen

worden — und das Resultat erleben wir heute in Chicago. Der große
Streik der Arbeiter an der Quincy-Eisenbahn ist verloren, die Leiter
des Streiks sind wegen Dynamitverschwendung hinter Schloß und Riegel,
von diesen sechs sind heute schon drei — Bowles, Smith, Weston —
geständig, Pinkerton-Detectives zu sein — ja, die Verantwortlichen der
Verhafteten haben sogar den Beweis erbracht, daß der Haftbefehl
gegen die Angeklagten eher erlassen war, als die mit
angeklagten Pinkertonen das Dynamit auf die Eisenbahnschienen, auf
die Lokomotiven u. gelegt hatten!

Der Zweck der Fabrikanten ist aber erreicht — in den Reihen der
Arbeiter herrscht Misstrauen — die starke Organisation „Brüderchaft
der Lokomotivführer“ ist lahmgelegt — mag auch die große Dynamit-
verschwendung in Chicago sich ebenso wie die kleine der drei Böhmen
als Polizeihumbung herausstellen — gleichviel Fabrikanten und Polizei
lachen sich ins Häufchen!

Wie ganz anders hat die Puttkamer'sche Polizeibrutalität gewirkt!
Statt zu entweichen, hat sie gemüthet, statt zu entmüthigen, hat sie zum
Widerstand aufgereizt — Puttkamer, hänge dich! Solch ein Gedanke
spröht in einem öden Junkerschädel nicht!

— Wegen des Berliner Flugblattes, über welches wir schon
öfters zu berichten hatten, ist letzter Tage von den bewährten und
pflichttreuen Berliner Richtern das Urtheil gefällt worden: der
Drucker Karl Linnis wurde zu 2 Jahren 9 Monaten Gefängniß
verurtheilt, die übrigen angeklagten Genossen Specht, Sperber,
Jacobi erhielten je 1 Jahr 7 Monate, Bath und Hansjke kamen
mit 2 Monaten davon. Wir haben unsere Meinung über das Flugblatt
schon wiederholt ausgedrückt; aber die ungeschickte oder auch tolllose
Sprache, die verkehrte Auffassung der ganzen politischen Situation —
alles das rechtfertigt noch lange nicht die Ungehörlichkeit des Richter-
spruches! Zwei Jahre und sieben Monate Gefängniß für
die Herstellung eines Flugblattes, das gar nicht zur Verbreitung kam!
Fünf Jahre und einen Monat Gefängniß für Vorbereitung
einer Handlung, die nicht nur ohne alle Folgen blieb, sondern gar
nicht zur Ausführung kam!

Aber was wollen wir uns in Deutschland angeichts des allwärts
herrschenden Streberthums und der seit Jahren von oben systematisch
gepflegten Korruption des Richterstandes noch wundern über die
Höhe des Strafmaßes! Erleben wir es nicht tagtäglich, daß die höchsten
deutschen Richter als ihren Lebenszweck und als ihre obersten Amt-
pflichten die Fällung der Gesetze betrachten, daß sie das Gegen-
theil von dem, was der Gesetzgeber in das Gesetz hineingelegt wollte,
aus dem Gesetz herausstülpen, nur um der Regierung zu Gefallen die
unteren Richter zur Verurtheilung der angeklagten Arbeiter zu zwingen!

Aber auch nach einer andern Seite soll dieser hinter geschlossenen
Thüren abgewürgte Prozeß unsere Genossen zum Nachdenken
bringen! Stehen die Opfer an Geld, an Lebens- und Familienglück,
welche solch ein Flugblatt wie dieses Berliner von den Genossen er-
fordert, in gesundem Verhältniß zu — wir wollen das Wort Sor-
theil hier gar nicht gebrauchen — zu den Erwartungen, zu den Er-
folgen, die seine Urheber von der „scharfen“ Sprache, von der „rück-
sichtslosen Wahrheit“ sich versprechen?

Die ruhige, vorurtheillose Beantwortung dieser Frage dürfte kaum
zur Nachfolge auf dem hier eingeschlagenen Wege besonders anspornen!
Man darf sich von Segnern nicht auf das Terrain drängen lassen, das
ihm Vortheil bietet, sondern umgekehrt! Schließlich ist auch die so ge-
nannte öffentliche Meinung und das Vorurtheil großer Volkstheile ein
Ding, das man bekämpfen muß, dem man sich nicht unterwerfen darf,
gegen dessen Macht man aber auch nicht blind sein darf, will man
sich nicht gewaltigen Enttäuschungen und Schädigungen aussetzen.

— Es gibt noch unabhängig gefinnene Studenten — in
Schweden und anderswo. Verfolgungen und Bestrafungen von
Genossen wegen Gottesleugnung und Gotteslästerung
sind in Schweden, wie der „Gleichheit“ aus Gothenburg ge-
schrieben wird, jetzt auf der Tagesordnung. Man sieht sich
in die mittelalterlichen Zeiten der Religionsverfolgungen versetzt, es
seht bloß der Scheiterhaufen. Bereits in 7 Fällen haben diese Ver-
folgungen zu Verurtheilung in ganz empfindliche Geld- und auch
Freiheitsstrafen geführt. So ist J. B. unser unentwegter Genosse
K. Danielson in Kalmö zu weiteren 10 Monaten Gefängniß
verurtheilt, nachdem er vorher schon 10 Monate bekommen hatte.

„Sein Nachfolger in der Redaktion der „Arbeit“, Genosse Björk, hat
auch bereits eine Anklage auf dem Halse, und wird dieses Treiben wohl
noch eine Zeitlang so weiter gehen. Unter solchen Verhältnissen muß
man Handlungen um so höher schätzen, wie sie kürzlich der frei-
sinnige Studentenverein „Herbandi“ in Uppsala aus-
führte. Als nämlich Branting, Redakteur des „Social-Demokrat“ in Stock-
holm, auch wegen Gottesleugnung zu 300 Kronen Geldstrafe verurtheilt
war, beschloß dieser Verein (er zählt 250 Mitglieder) einstimmig, 50
Kronen dazu beizusteuern. Freilich erhielt der Vorstand
dafür vom Kuratorium der Universität eine Strafpredigt und einen
Verweis.“

Die ihre Wirkung hoffentlich nicht verfehlt haben. Die Schweden
haben es eben noch nicht so weit gebracht, wie ihre Stammesverwandten
im Reich der Mitte. Dort macht man mit Studenten, die es wagen, eine
andere als die polizeilich geordnete Meinung zu bekunden, viel kürzeren
Prozeß. So ist erst jüngst wieder in Berlin eine Sitzung des
akademisch-liberalen Vereins polizeilich aufgelöst
worden, weil ein Redner sich zu folgenden Aeußerungen verließen hatte:
„Freilich sei das Nachdenken der sozialreformatorischen Richtung; zu
wünschen wäre aber noch, daß der starre Ausbruch: „bestehende Staats-
und Gesellschaftsordnung“ den Freisinnigen nicht in alle Zeit als die
Grenze des sozialreformatorischen Nachdenkens gelte, zumal dieser Aus-
bruch in seiner Unbestimmtheit keineswegs einen ganz klaren Begriff re-
präsentire.“

Kaum war dieser staatsumstürzerische Gedanke dem Gehege der Röhne
des Unvorsichtigen entsprochen, als der überwachende Polizist wie von
einer Tarantel getroffen aufsprang und die Versammlung auf Grund
des § 9 des Schandgesetzes auflöste.

Der Unvorsichtige sagen wir ausdrücklich. Denn ist es nicht der
Geist der Bewegtheit, im Geltungsbereich des Gesetzes gegen die
gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie einen Gedanken
in öffentlicher Versammlung laut werden zu lassen, den der Vater
dieses Gesetzes bei Schaffung desselben ausdrücklich als — be-
rechtigt anerkannt und ausdrücklich begründet hat?
Wer's nicht glaubt, lese die große Rede, die der Staatsmann Bennig-
sen zur zweiten Lesung des Sozialgesetzes im Jahre 1878 gehalten.
Kuch ein Beitrag zur „erzieherischen Wirkung“.

— Ein nettes Kulturbild entrollt sich dem Leser folgender Notiz,
die wir der Berliner „Volkzeitung“ entnehmen:
„Aus Oberhof (Thüringen) wird berichtet: Die kaiserlichen Prinzen
befanden sich ausgezogen. Dit fährt der Kronprinz den jüngeren Bruder
in einem kleinen Wägelchen. Belauert werden leider die Kleinen auf
das Fürchterlichste; sobald es bekannt wird, welche Richtung die
Hofgesellschaft — eingeschlossen von Gen darmen — eingesch-
lagen, so flücht der ganze Freundeskreis nach.“
„Eingeschlossen von Gen darmen“ — „von Gen darmen rings umstrickt“,
wie es ihm heißt — vermuthlich auf Befehl des Vaters, der seine
„Kreuzzeitung“, wie man sieht, mit Erfolg gelesen. Hier der Attentats-
täterin und dort beim „Freundenkreis“, d. h. dem Trost der Vade-
güßle, die hysterischen Lokalitätsausdrücke, bei denen es gleich ist, ob
das Objekt ein Wägelchen oder sonst etwas ist, wenn's nur „allerhöch-
st“ titulirt wird. Wie weit ist's von da noch zum Dalai-Lamismus. Wir
haben es herrlich weit gebracht, auf der Höhe der Kultur.“

— Ueber den Kreinismus, welcher das „reichstreue“, „patrio-
tische“ Deutschland ergriffen hat, wird unter der Spitzmarke: „Gegen
das Staatspiel“ geschrieben:
„Nachdem das Staatspiel langweilig geworden ist und den
Charakter einer gelegentlichen harmlosen Unterhaltung abgestreift hat,
veranlaßt es eine unverantwortliche Zeitvergeudung,
und droht geradezu zu einer nationalen Gefahr zu werden.
Nach meiner Ueberszeugung trägt zur Hervorbringung der Wäner
der Staat und das durch ihn veranlaßte gewohnheitsmäßige Kundenlange
Kneipensitzen, der Aufenthalt in den meist unzureichend gelüfteten, qual-
erfüllten Zimmern, ganz abgesehen vom Biertrinken, mehr bei,
als die Last der Berufsarbeit. Alle Stände sind von der

Krankheit ergriffen, des Bauern, des Arbeiters Sonntagsver-
gnügen (blauer Montag und gelegentlich andere Tage auch mit ein-
geschloffen), was ist's? Der Staat. Junge Leute haben kaum den
letzten Bissen ihrer Mittagsmahlzeit hinter, so rufen sie dem Kellner:
Kellner! Kellner! Die Zeit bis zum Anfang des Nachmittags-
dienstes muß doch würdig ausgefüllt werden. Die Soldaten in den
Kasernen, die Offiziere in den Kasinos, womit pflegen sie ganz
vorzugsweise die Kollegialität? Mit dem Staat! Wenn in einem Bahn-
wagen drei Leute zusammenhängen — nicht lange, so zieht der eine die
Karte hervor, und ein Pfad wird über die Karte gebreitet — es wird
ein Ständchen gemacht. Wir ist von einem Gymnasiallehrer
gläubwürdig berichtet worden, daß auf den Ausflügen, die Lehrer mit
höheren Klassen unternehmen, bei einer längeren Einkehr die Erlaubniß
des Staatspiels das sicherste Mittel sei, die Büchchen davon abzu-
halten, daß sie einen gerechtem Kommerz in Scene setzen. Ja, der
selbe Lehrer sagte mir, daß es nicht selten vorkomme, daß die Schüler
gleich im Bahnhause, kaum daß er die Abfahrtsstation verlassen hat,
Staat zu drehen anfangen, wenn der Lehrer nicht rechtzeitig dazwischen-
fährt und sie entschieden darauf aufmerksam macht, daß dies wohl kaum
Naturgenuß und die Reizefreude sei, um dementwillen solche Schulreisen
von den Behörden und Bahnverwaltungen so bereitwillig unterstützt
werden. Und dabei pflege sich, so sagt man uns, herauszustellen, daß
fast Niemand in der Klasse sei, der den Staat nicht kenne; die sogenannten
Dummen seien sogar meist die gewichtigsten Stater. Die Staatsfrage ist
für die Verhandlungen von der Ueberbürdung der Schuljugend wichtiger,
als man denkt. Staatliche Erhebungen darüber, wie weit in die unteren
Klassen der Staat hinabreicht, würden staunenswerte Ergebnisse zu Tage
fördern! Ich kam einmal in ein thüringisches Walddorf, um den
Pfarrer zu besuchen. Ich war sehr fröhlich vom langen Wege, suchte
dorum erst das recht bescheidene Wirthshaus auf, und wer ist, am
Sonntag Nachmittags, bei prächtigem Wetter in dem engen niedrigen
Wirthshaus? Mein Freund, der Pfarrer, dann der Lehrer, der
Förderer und der Schultheiß — am Staatlich!

Und dieses wahrheitsgetreue Bild des „patriotischen“ Krei-
nismus, zu dem das deutsche Volk systematisch herangezogen wird,
findet sich nicht in einem „reichsheimlichen“ Blatt, sondern in dem
durch und durch verpöhlten „Kreuzboten“. Also sogar diesem
Volk ist die Seuche zu arg geworden.

— Ganz wie in Oesterreich präsentirt sich die neueste Nummer
der Berliner „Volkzeitung“. An Stelle des Leitartikels prangt uns in
großen, aufstrebenden Lettern auf dem ominösen weißen Grunde von
anderthalb Spalten das Wort: Konföderation! entgegen. Die Konföderation
ist uns wohl begreiflich. Kreuz der Leitartikel doch die untergebende
Ueberschrift: „Kann es und wird es einmal besser werden!“! Kautschuk
nicht! Schon die Frage, ob es unter den heutigen Verhältnissen besser
werden kann, setzt die unzulässliche Tendenz voraus, daß es heute in
dieser besten der Welt, unter der glorreichen Regierung des Bundes-
Helden nicht zum Besten bestellt ist. Für solch neugierige, staatsgefä-
hliche Fragen hat daher die Polizei allermählig ein probates Mittel:
Kaal halten! Konföderation!

— Deutscher Patriotismus in Kantonen. Der deutsche Reichs-
verein in Zürich, der bekanntlich unter dem Patronate des deutschen
Konsuls Deutscher steht, hatte zuerst ausposaunt, er wolle gegen
die in dem Ehrenberg'schen Sudelbuche enthaltenen Insanien wider die
Schweiz Stellung nehmen. Aus dieser Zweckmäßigkeit, für die Schweiz
und damit zugleich gegen die deutsche Regierung, in deren
Geist und Puttkamer-Lon Ehrenberg mit hoher polizeilicher Erlaubniß
auf die Schweiz geschmiedet hat, Partei zu nehmen, sind diese deutschen
Nordpatrioten nun glücklich dadurch entwischt, daß die Zürcher Buch-
händler den Vertrieb des Ehrenberg'schen Buches abgelehnt haben.
Dadurch, erklärt der Verein, sei für ihn die Veranlassung zur Stellung-
nahme hinweggefallen. — Man kann nicht mehr Ruch, größere
Klugheit und feineres Gefühl auf einmal verrathen, als diese
„Blüthe der deutschen Nation“ in erwähnter Erklärung. Der gewöhn-
liche Menschenverstand findet freilich zwischen dem pöhligen Erwaagen
und dem ebenso pöhligen Wiederentschlafen des Anstandsgefühls einen
Zusammenhang, aber der gewöhnliche Menschenverstand kennt auch Einsätze
nicht, wie sie in diesem Verein bei Kaiserfeiern von der deutschen Ge-
sandschaft in Bern ausgedrückt werden. — Es wäre wirklich interessant, zu
erfahren, ob vielleicht auch bei diesem Versuche, den „Gentleman“
Ehrenberg abzuschlachten, der Herr Konsul Deutscher von
dem deutschen Gesandten in Bern „Rathschläge“ für sein
Verhalten ertheilt bekommen hat. Ehrenberg gab ja bekanntlich auf der
deutschen Gesandtschaft in Bern seine Spitzelberichte ab!

— Aus der besten Gesellschaft. Wir lesen in der Berliner
„Volkzeitung“:
„Nennen zu Charlottenburg bei Berlin. Sonntag, den
29. Juli, Nachmittags 3/4, Uhr. Einen erschütternden Vorfall hatte leider
der heutige Renntag im Gefolge. Für die zweite Nummer, das Schwere
Jagd-Rennen, flogen vier Herren in den Sattel, unter ihnen Rittmeister
von der Osten vom Garde-Kürassier-Regiment auf seinem alten „Louris“.
Dieser hatte die Stredde auch bis zur vorletzten Gärde glücklich abfol-
vort und sah hier ganz wie der Sieger aus, als sein Pferd mit ihm kopf-
über ging und einen so schweren Sturz that, daß Rittmeister von
der Osten leider augenblicklich verstarb; ebenso war
„Louris“ auf der Stelle todt; die Stimmung auf dem Rennplatz
war in Folge dessen eine sehr gedrückte. Doch trotz dieser gedrückten
Stimmung erwachte, wie wir aus dem Berichte des „R. Journ.“ ersehen,
in keinem der Herren Sportsmen der nachliegende Gedanke,
die Nennen zu unterbrechen. Es wurde munter weiter ge-
ritten und gewettet! Man sieht hieraus, schließt die „Volk-
zeitung“, „wieder einmal, welche außerordentliche Feinsinnigkeit
in den „besten Kreisen der Gesellschaft“ zu Hause ist.“
Das ist doch recht „spießbürgerlich“ gedacht. Von Rechts wegen sollte
jedes Blatt, das etwas auf sich hält, einen begeisterten Hymnus auf die
bewundernswürdige Seelengröße der reitenden und weitenden Herrschaften
anstimmen, die sich mit antikem Stoisimus über
den Tod des Kameraden hinwegsetzen und unverdrossen ihr wichtiges
Tagewerk zu Ende verrichten. Man muß eben nicht vergessen, daß bei
den meisten dieser Herren das Reiten und Wetten „ihres Lebens höchster
Zweck“, und wie wichtig namentlich das letztere für das Wohl des
Vaterlandes ist. Ohne Wetten keine Pferdezeit, und ohne Pferdezeit
wäre das Vaterland wehrlos den Angriffen seiner Feinde überliefert.
Drum „spröcht mir nicht gering von solchen Helden“.

— „Ein Hahnke“. In dem „Tagesspiegel“ ihrer Nr. 220 vom
7. August leidet das Organ der börsenjobbernden Nordostbahn-Aktionäre,
die „Neue Zürcher-Zeitung“, folgenden Satz:
„Mit welchen Gefühlen werden die Erdbarbeiter, denen Hahnken
wie der famose Maxime Libbonne seit mehr als einer Woche
beständig predigen, daß sie sich ziehen und steden mühten, wenn sie
Verstand hätten und nicht Feiglinge wären, mit welchen Gefühlen
werden sie heute in der genannten Versammlung in der Arbeits-
börse die Kunde von der Großthat ihrer Brüder in der Provinz
(die Niederrennung der Sammetfabrik in Amiens ist gemeint)
aufnehmen?“
Ohne auf die nach dem Gout ihrer Spießbürger- und Bourgeoisler
berechneten Entstellungen der Streiferansammlungen einzugehen (darin hat
ja ihr Reporter Kleiner beim Zürcher Schloßerstreik ein solches litera-
risches Hochgenüßertalent an den Tag gelegt, daß er sofort zum Rebat-
teur avancirte) — wollen wir hier nur die Gesinnung charakteri-
siren.

Wir wissen uns frei von jeder Schwärmerei für Libbonne. Aber ein
Wann, der mit der selbsthätigen Tapferkeit, die Libbonne beim Nidung
aus dem zusammengeflohenen Fort Issy bewies, für seine Prinzipien
unter Preisgabe seines Lebens eintrat und dann die Folter und In-
famien der Deportation nach Neu-Caledonien ertrug, ohne einen Augen-
blick in seinen Grundbitten schwankend zu werden, der soll nicht in die-
sem rohen Bierdankton beschnitten werden von Leuten, die, wie obiger
Redakteur, am offenen Bierisch sich nicht entblöden zu sagen, „ein Be-
setzungsredakteur könne nicht immer nach Uebersetzung schreiben.“
Wir zweifeln keinen Augenblick, daß er hier nach Uebersetzung ge-
sprochen!
Bemerkten wollen wir noch — es ist freilich pro nihilo —, daß kurz
vor den Ausweisungen die „Neue Zürcher-Zeitung“ es haupt-

schlich war, die gegen unsere ausgewiesenen Genossen heute — wegen des „rohen Tones“, den der „Sozialdemokrat“ anschlägt.

„Roter Ton“ — Hallunkel!
 Übrigens hat sie bis heute noch nicht die Stirne gefunden, die Ausweisungen redaktionell zu rechtfertigen — sie mußte bloß ihre offiziellen Korrespondenten sprechen lassen!

— **Gleich anständig** wie die „Neue Zürch. Ztg.“ schimpft das Organ der deutschen „Demokraten“, die eblie „Frankfurter Zeitung“, die schrittweise vom chauvinistischen Schimmel auf den byzantinischen Hund herabkommt. Sie nennt durch das Sprachrohr des Pariser St-Korrespondenten den verstorbenen Blanquisten Eudes „eine der verrufensten Gestalten der revolutionären Partei“, einen „Schandfleck der eigenen Partei“.

Wer die Berichte dieses „demokratischen“ Organs über den Pariser Arbeiterkrieg liest, der wird sich bald über nichts mehr in diesem Blatte wundern. Schamloser als das „demokratische“ Hauptorgan kann auch die „Kreuzzeitung“ nicht über die Verhältnisse der Arbeiterklasse schreien und lägen. Das Blatt ist eben vornehm und personennamhaft — die „Staatsmannschaft“ hat ihm das Rückgrat gebrochen!

— **Gräßliche Maßregelung.** Dem „Tageblatt“ der Stadt Oshag in Sachsen ist vom dortigen Stadtrat die vorläufige ertheilte Erlaubnis, das Stadtwappen im Titel zu führen, wieder entzogen worden. Natürlich wegen seiner Haltung. Das Blatt ist nämlich freisinnig, und der Herr Bürgermeister freikonservativer Landtagsabgeordneter.

Wie wird das Blatt den Schlag überwinden? Werden es die Oshager nicht mit Entrüstung von sich weisen, wenn es furcht ohne Wappen erscheint?

D. Schillburg, wie verhält der Glanz seines Namens gegenüber dem Ruhm des Stadtraths von Oshag.

— **Daß die Wohnungsfrage** unter dem heutigen Eigentums- und Produktionsystem nicht gelöst werden kann, hat jetzt ein durchaus bürgerlich gefinnter Sachverständiger in einem öffentlichen Vortrage unumwunden ausgesprochen.

Dr. Roger S. Tracy, früher Sanitätsbeamter für die 6. Ward (Stadtbezirk) in New-York, der in dieser Stellung Gelegenheit hatte, sich mit den Verhältnissen der eingewanderten Italiener vertraut zu machen, hat, wie wir in amerikanischen Blättern lesen, einen umfassenden Bericht über seine Beobachtungen ausgearbeitet. Er sagt darin:

Die italienische Bevölkerung hiesiger Stadt kam als solche erst nach 1870 durch ihre schmutzigen Gewohnheiten zur Kenntnis der Sanitätsbehörden. In 1870 waren dem Census zufolge schon 2794 Italiener in New-York und schon in 1872 begannen sie, das Lumpensammeln zu monopolisieren. Die Leute lebten wie das Vieh in den schlechtesten Wohnungen, anscheinend in der Ansicht, sobald sie 1000 Dollars erspart hätten, nach der Heimath zurückzuziehen, wo sie von den Jansen jener Summe leben könnten. Die meisten fanden aber das Leben hier so anziehend, daß sie nicht nur blieben, sondern auch Frauen und Mädchen zur Einwanderung veranlaßten.

Bis zu jener Zeit verlebten die Italiener nur unter sich. In 1878 und 1879 begann die Einwanderung zuzunehmen; viele Frauen landeten, die Söhne des sonnigen Südens begannen, die Landessprache zu erlernen, und die Wohnungen, in denen Frauen schalteten und wolketen, waren sauber und nett gehalten. Nur die lediglich von Männern bewohnten Häuser blieben schmutzig. In 1875 war die Zahl der Italiener auf 6507, in 1880 (dem letzten Census zufolge) auf 12,223 gestiegen. Seit jener Zeit hat die Zahl bedeutend zugenommen.

Die Ueberfällung der Wohnungen, heißt es dann, sei nicht nur unter den Italienern in der 6. Ward, sondern auch unter anderen Nationalitäten, wie in der 10. Ward zu finden; die Durchführung des Gesetzes, welches jedem Erwachsenen mindestens 600 Kubikfuß Luftraum gibt, sei mit zu großen Schwierigkeiten verknüpft. Wenn das Gesetz ausgeführt würde, wären die ermittelten Bewohner in andere Lokalitäten, wo dann derselbe Zustand eintreten würde. Die Leute zählen wahrscheinlich soviel Missethater, als sie aufräumen können, und wenn man diese überfallen würde auf einmal schließen wollte, würde die Zahl der heimatlosen Personen um Tausende vermehrt werden.

Am Schlusse des interessanten Berichtes sagt Dr. Tracy: „Eine theilweise Durchführung des Gesetzes gegen Ueberfällung der Wohnhäuser würde nur beständige Chikanen der Bewohner und Eigenthümer von Tenementhäusern (Häuser mit Massenquartieren) zur Folge haben. Eine allgemeine strenge Durchführung würde unsere Straßen mit Tausenden von Leuten füllen, heimatlosen Personen, die genug zum Essen und Trinken haben, aber zu arm sind, um ein Dach über ihren Häuptern beschaffen zu können.“

Der Mann hat leider nur zu recht. Und bevor mit dem heutigen Produktionsystem nicht gebrochen wird, das den Menschen in seiner Arbeitskraft zur Ware herabdrückt, ihn bei Strafe des Verhungerns zwingt, dieselbe auf dem Markt preiszubieten, so lange die Menschenwaare, wie alle übrige Waare, durch die Gebote der Konkurrenz immer wieder auf die großen Stapelplätze geschleudert wird, so lange wird auch die moderne Wohnungsnoth nicht aufhören, werden alle Maßnahmsmittel, welche Philanthropen dagegen in Vorschlag bringen und durchzuführen versuchen, sich auf die Dauer als wirkungslos erweisen.

— **Der alterneneste „Krust“.** Die „Krust“ jagen sich förmlich, schreibt das „St. Louis Tageblatt“. „Western American Passenger Krust“ ist das Alterneste. In dem von Bligh und Daniels in Chicago, den Präsidenten der Central Pacific Association erlassenen Zirkular wird jener in Chicago soeben inkorporirte „Krust“ wie folgt geschildert, d. h. demuzirt: „Die neue Organisation beabsichtigt, mit Hilfe der Dampferlinien-Agenten folgende zu erreichen: Sie will erkennen alle Eisenbahnen des Landes zwingen, für alle Tickets, die mit Dampfer-Tickets verkauft werden, eine Provision (Kommission) zu zahlen. Sie will zweitens die Dampferlinien-Agenten zwingen, kein Ticket solcher Bahnen zu verkaufen, welche sich weigern, Provision (Kommission) zu zahlen. Der Krust will also das Eisenbahngeschäft dieses Landes, soweit es mit den Dampferlinien in Verbindung steht, den Eisenbahnen wegnehmen und durch die Dampferlinien monopolisieren.“

Bisher glaubte man, daß es über das Eisenbahn-Monopol hinaus nichts Höheres gebe. Hier sehen wir, daß immer Einer vom Andern abgehen wird und die Macht des Wassers über das Land, sowie die Internationalisierung des Eisenbahngeschäfts. Die Zeit scheint nicht mehr fern, da die beiden großen „Bools“ — die der Eisenbahnen und Dampferlinien — sich in einen einzigen verschmelzen werden; das wird selbstverständlich erst erfolgen, nachdem die „Bools“ zu Wasser und zu Land einen ersten Krieg miteinander geführt haben werden.

— In Paris fand am Montag, 6. August, der aus der Kommune bekannte revolutionäre Sozialist, Emil Eudes, zur Zeit des Kommune-Kampfes General der Föderierten. Im August 1870 zum Tode verurtheilt, öffnete ihm die Proklamirung der Republik nach der Niederlage von Sedan die Thoren des Gefängnisses. Mit Blanqui nahm er am Oktoberanstand Theil und wurde im März vom 11. Arrondissement in die Kommune gewählt. Einer der energischsten Adöpfe drang er namentlich auf den Marsch nach Versailles, dessen Unterlassung sich später so bitter rächte. Seit seiner Rückkehr nach der Amnestie fand er mit an der Spitze der blanquistischen Bewegung und mitten in der Agitation für die Sache der Entbundenen erteilte ihm letzten Montag der Tod. Als er in einer Versammlung im Saal Javel auf der Rednertribüne, dieser Barrikade in Friedenszeiten, für die Sache der Streikenden eintrat, erlag er im schönsten Mannesalter (44 Jahre alt) einem Herzschlage. Das Pariser Proletariat wird unlängst der Begräbnisfeierlichkeit seinem Kampfer seine Sympathien in berechteter Weise zum Ausdruck bringen.

— Italien macht in letzter Zeit wieder viel von sich reden, und zwar in doppelter Hinsicht. Auf der einen Seite durch das Beden, Großmachtpolitik zu treiben, auf der andern durch seine kolossale Auswanderung. Wenn Politiker den Aufschwung des italienischen Heeres und ganz besonders der italienischen Marine nicht genug zu rühmen wissen, so kann man ihnen nur den Rath geben,

sich ein wenig mit der Lage der italienischen Arbeiter zu befassen, die eine wahre Schande ist für das von der Natur so bevorzugte Land. Eine Schiffsladung halberverhungertes Proletariat nach der andern verläßt das Vaterland, um jenseits des Ozeans zu suchen, was sie daheim nicht finden konnten: für schwere Arbeit eine bescheidene Existenz. Wir haben bereits berichtet, wie man in Amerika wegen der fortgesetzten Zunahme der Einwanderung der auf dem tiefsten Niveau der Lebenshaltung angelangten Eöhne Italiens unruhig zu werden beginnt, und jetzt laufen von drüben Meldungen ein von zur U. v. v. ersiffungen gänzlich mittelloser Italiener, die drüben keine Arbeit fanden.

Es würde der italienischen Regierung, und insbesondere Herrn Crispi, dem „Demokraten“, besser anstehen, auf Maßnahmen zu sinnen, welche den Uebelständen, die den italienischen Proletariat außer Landes treiben oder zum Hungertode verurtheilen, wenigstens einigermaßen Schranken ziehen (da an dauernde Abhilfe ja unter den heutigen Eigentums- und Produktionsverhältnissen nicht zu denken ist), als fortgesetzt diplomatischen Erfolgen nachzugehen. Aber freilich, dann würde möglicherweise Herr Crispi in der „Norddeutschen Allgemeinen“ weniger günstig beurtheilt werden, und das ist ja doch die Hauptsache. Zudem ist das Sabelraseln viel amüsanter als das Studium der sozialen Frage.

— **Soldateska-Gelüste amerikanischer Kavalls.** Im Ver. St. Senat hat Herr Randerson von Nebraska eine Bill eingebracht, durch welche der Präsident ermächtigt wird, eine „Nationalgarde“ von 100,000 Infanterie-Freiwilligen zu bilden. Letztere sollen auf drei bis fünf Jahre angeworben werden und dieselbe Bezahlung erhalten wie die Soldaten des regelmäßigen Heeres. Wenn sie aber nicht gebraucht werden, so sollen sie auf Urlaub entlassen werden und keinen Sold erhalten. Am Schlusse heißt es: „Der Präsident kann einen beliebigen großen Theil der „Nationalgarde“ zu einer ihm am geeignetsten dünkenden Zeit behufs Aufrechterhaltung der Geseze, Unterdrückung von Aufständen und sonstigen Umständen einberufen.“ — Es ist zwar vorberhand keine Gefahr, daß diese Bill angenommen würde; aber sie kennzeichnet die Stimmung der vor den Arbeiter-Organisationen ersitzenden großkapitalistischen Kreise des Landes.

Korrespondenzen.

Kachen, Ende Juli. Der Lockspiegel Hugo Kuhn, von dem wir erst wieder in Nr. 25 d. Bl. berichten konnten, daß er vor den Gerichtshof kam, ist nun vollkommen, ungläubwürdiges Subjekt hingestellt wurde, als nun Anfangs Juli wegen Betrugs von dem Kachener Assisenhof zu 18 Monaten Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust verurtheilt worden. Es ist das derselbe Schurke, der als Hauptbelaugungszeuge im Oktober 1886 gegen unsern Genossen F. Krewinkel fungirte, bei welcher Gelegenheit dieser putzamerwürdige „Gentleman“ so schmutzige Schmutz, daß selbst die Staatsanwaltschaft auf dem Auspruche genöthigt war: „Zuwiefern Sie, meine Herren Richter, dem Kuhn Glauben schenken wollen, muß ich Ihnen anheim stellen.“ Und der Komplize dieses Zuchthauslers, der Kriminal-Kommissar Wöhlig zu Kachen, dem für diese Anstiftung seines Handlangers zum Reineid und zur Verbreitung der Roffischen „Freiheit“ nicht bloß keine Zuchthausstrafe, sondern trotzdem er am selben Gericht, welches unsern Genossen Krewinkel zu der höchsten Strafe von 10 Monaten Gefängnis verurtheilte, des Eidreids überführt wurde, den Kronen, oder sagen wir besser den Schandorden 1. Klasse. Wöhlig schwor nämlich ganz unverfroren, der Kuhn werde für seine Dienste nicht bezahlt. Ferner: er, Wöhlig, hätte niemals mit dem schon öfters von uns getempehneten Spigel Friedrich Schneiders von Kachen verkehrt u. s. w. Auf die Behauptung eines von Krewinkel geladenen Entlastungszeugen, er könne beweisen, daß Schneiders und Wöhlig viel mit einander verkehrten, mußte Wöhlig dann trotz seines Eides zugeben, er habe mehrere Male mit dem Schneiders gesprochen, aber — auf dessen Aussage gebe er nichts.

Nach ein Charakteristikum für diesen deutschen Muster-Beamten: Wöhlig ließ durch den Kuhn in Verdorfen auch 2 Frauen gegen gute Bezahlung herüber locken, dem Kuhn die Roffische „Freiheit“ nach Kachen zu bringen. Beim dritten Male wurden sie verhaftet und natürlich echt preussisch wegen Verbreitung verurtheilt. Das Frechste leistete Wöhlig jedoch als Schutzzeuge des Kuhn bei obiger Kassenverhandlung. „Ich habe“, erklärte er, „seitdem ich mit Kuhn verkehre, nichts Nachtheiliges von demselben erfahren.“ Und Kuhn ist fast jedes Jahr bestraft, und noch öfters wegen Diebstahls, Einbruch u. s. w. benutzirt worden. Im Jahre 1887 wurde er sogar wegen Einbruchsdiebstahl in der Höhe von mehreren Tausend Mark verhaftet. Wir werden jedoch auf diese Sache später noch ausführlicher zurückkommen. Für heute genüge vorderhand dieses Sittenbild aus der deutschen Beamtenwelt.

Magdeburg, 3. August. Heute fand hier Berufungstermin gegen Justizfabrikant Heine und Nagelschmied Vater statt. Heine sollte in einer nicht angemeldeten Versammlung am 5. Dezember v. J. in Staßfurt als Redner aufgetreten sein, Vater sich nicht sofort nach der Auffösung entfernt haben. Es liegt nichts weiter vor, als daß Heine eines schönen Montags Abends in einem öffentlichen Wirtschaftshaus am Tisch gesessen und sich mit den Anwesenden gemüthlich unterhalten hat. Der drauße an der Thür stehende Polizeiwachmeister will den Ausbruch „Kongress“ gehört haben. Es waren vielleicht fünfzig Gäste anwesend, welche aber nicht alle an der Unterhaltung mit Heine Theil nahmen, sondern zum Theil Karten oder Billard spielten. Vater hatte mehrere Bekannte vorher eingeladen, Abends in diese Restauration zu kommen, Genosse Heine aus Halberstadt käme auch hin.

Das Gericht nimmt an, daß es sich um eine geplante Versammlung gehandelt, in welcher Heine über den fäufigen Sozialistenkongress Bericht erstattet, und zu welcher Vater eingeladen habe. Es sei richtig, daß jede parlamentarische Ordnung gefehlt, daß sie aber gleichgültig, Heine habe allerdings nur ein freundschaftliches Gespräch geführt, auch Andere hätten wohl ebenfalls mit dreingefprochen, allein darum sei es doch eine Versammlung, denn die sozialdemokratischen Agitatoren suchten gerade dadurch, daß sie ihre Reden in unangesehener Umgebung hielten, das Vereins- und Sozialengesetz zu umgehen, und deshalb müsse unbedingt Bestrafung eintreten. Daß Heine über öffentliche Angelegenheiten gesprochen, sei allerdings nicht erwiesen, aber das Gericht nehme solches an, denn in einer Versammlung, zu welcher Heine gekommen, müsse selbstredend auch über öffentliche Angelegenheiten berathen werden.

Während Heine in seiner nutzlosen Vertheidigungsbühne die juristischen Punkte der Anklage hinwegzuräumen suchte, griff Vater in längerer Rede das ganze herrschende System an. Er wies die Ungesetzlichkeit der Versammlungsauslösung nach und nannte das Ganze einen Gewaltstreik. Mehrfach verwahrt und mit sofortiger Wöführung vom Präsidenten bedroht, fuhr Vater fort: „Glauben Sie nicht, daß ich mich vor Ihrem Gefängnis fürchte, wenn es sich um den Kampf für eine der wichtigsten Volksrechte handelt; jedoch wenn Sie eine Verurteilung aussprechen, so ist diese weiter nichts als ein Akt der nichts-würdigen Klassen-Justiz.“

Das Gericht verwarf auch die Berufung Vaters und verurtheilte ihn wegen seiner wahrheitsgemäßen Kundgebung ebenfalls zur höchsten zulässigen Ordnungsstrafe von 3 Tagen Haft, zu welcher Strafe er sofort überführt wurde. Der Hofvortrag war überfüllt und manche heimliche Bervöhnung wurde laut. Das Erkenntnis aber ist wieder ein großer Schritt in den reaktionären Prozess der Volksknechtung: Ein gemüthliches Wirtschaftsgespräch; also Versammlung; Versammlung; also Bestrafung über öffentliche Angelegenheiten; gemeinschaftliche Verathung über öffentliche Angelegenheiten; also Gefährdung. Bald wird noch hinzukommen: Gefährdung; also Hochverrath; Hochverrath; also Vöfver.

Briefkasten

der Expedition: Stehreihe: Akr. notirt. 20 noch nicht reklam. Hl. mehr. — Soj. Schwartzenmüller: Nr. 5 — gesammelt für den Bahlfond bei einem Ausflug in das Altenburger Land von Crimmitschauer, Schmölner und Ronneburger Genossen dts. begehrt. — Soj. demokr. Leseklub Paris: Nr. 106 — A. G. u. Scht. gutgebr. und Fr. 18 50 an Volksh. abgeliefert. — J. J.: Erhalten. — „h.“: Akr. notirt. Nr. 440 A. 3. Du. erh. — A. Wbl. Anghf.: Fr. 8 80 (Wof. 1 80) f. Scht. erh. Hllg. folgt. — Disposit: Nr. 25 20 A. G. A. c. erh. Hllg. notirt. Weiteres bl. — Dampfhammer: Nr. 25 10 A. 2. Du. erh. Akr. notirt. Dem St. Galler Beschluß muß man eben Achtung verschaffen! Groß. — Btr. Bl.: Hllg. notirt. Weiter. bl. — Maßtrag: Hllg. notirt. Der Maßtrag folgt demnach. S. erhielt 3. und man kommen Moneten? Sonst Sperrgesetz! — A. B. Dr.: Nr. 3 — A. B. Juli bis Dezember erh. — Commerzienrath: P. R. hier. Antw. bl. — Bdg.: Radr. eingetr. Betr. C. u. bl. mehr. — Gegenstand: Hllg. notirt. — Altian: Akr. gelöst. Hllg. notirt. Fehlenbes unterweg. — Raimund: Akr. notirt. A. war schon unterwegs. — Stehreihe: Akr. notirt. Gewünschtes folgt. Bl. mehr. — Fortuin, Amfom.: Hllg. erh. — S. G. Mitt.: Fr. 110 (55 fr.) f. Scht. erh. Hllg. folgt. — J. Dbler, Remyorl: Schlechter Geschäftsgang und bunte Familienbeziehungen zum Unfel berechtigen noch keineswegs zum Diebstahl an diesem. Das ist Bourgeoismoral! Dies unsere Antwort. Das Uebrige ist Sache der dortigen Genossen! — R. R. Adig.: Katalog mit „R. B.“-Preis folgt. — G. Drwid., Portobello: Hllg. notirt. Fr. 50 40 A. G. A. c. erh. — Dalgow, Wimbeldon: Wir kennen weder Adresse noch Preis. Jedenfalls hat die Expedition der „Justice“ in London Gewünschtes. — Arabi Pascha: Akr. u. Hllg. notirt. Warum über das Verwandlungsumwerd so stille? — Solo: Akr. geändert. Antw. auf Bl. folgt demnach. — Schmid, Philadelphia: Fr. 50 — A. G. A. c. erh. Abhgg. folgt. — Bdg.: Radr. v. 3. hier. Werden abholen und Alles besorgen. — Rother Kpostel: Akr. notirt. „D.“ erh. — T. v. R.: Akr. gelöst u. notirt. — Gerberus: Akr. gelöst. Weiteres bl. — 2002: Bl. u. Retourb. erh. War aber bestellt! — Frin. Beauvais: Hllg. folgt. „Idée“ entspricht jedenfalls Ihren Wünschen. — Commerzienrath: Radr. erh. Schönes Ferienweiser. — D. J. Dr.: Gedacht haben wir an A. — aber daß der so lange wartete, jagt von großer Beobd. — Wbl.: Bl. mit Beilage erh. Natürlich ein Schwindler. Name u. c. stimmt — sonst erlogen. Hll. mehr. — A. Drll. Siegelin: Fr. 2 — (Wof. 1 —) Radr. erh. Werden vom nächsten Quartal ab nach Wunsch verschoben. — A. J. St. G.: Fr. 25 A. G. A. c. erh. — Erdh. S. Paulo: Hllg. notirt. — J. K. Sorge, Hoboken: P. R. hier. Kostirtes erw. — Hllg. Akr. Ber. Oken: Fr. 10 — f. b. Weberstreik in Neumünster, Fr. 5 — pr. Maßst. u. Fr. 5 — f. b. Gölterf. dts. erh. u. besorgt. — Feltz III: Akr. geordn. Weiteres bl. — W. L. Rosenberg, R. J.: Brief betr. B. Bl. hier. Antwort folgt. — G. St. J.: Fr. 3 — f. Scht. erh. — R. D. U.: Nr. 5 65 f. A. 3. Du. u. Scht. erh. Akr. u. Hllg. folgt. — J. L. i. Klncht.: Fr. 4 50 f. A. 3. Du. erh. Bleibt pr. 4. Du. Nr. 1 85 gut. — G. G. Karau: Fr. 2 75 f. Scht. erh. Kostirtes erw. — Spreoquelle: Abhgg. erh. Hllg. u. Akr. notirt. Weiteres bl. — Siebenter: Akr. notirt. Ertragter ist zuverlässig. Schtortzsch. u. Bl. folgen. — Bionel: Akr. notirt. Weiteres bl. — Schippe: Kostirtes hier. Kostirtes erw. — Bghor. Bafarek: Hllg. folgt. — Laffe: Akr. notirt. Kellarmirtes unterwegs. Bl. Weiteres. —

Anzeigen.

Soeben erschien und ist durch uns zu beziehen:

Sozialdemokratische Bibliothek.

Heft XXIV. Zur Erinnerung für die Nordpatrioten. Von Sigismund Dorfheim. Mit einer Einleitung von Fr. Engels.

Preis: 40 Pfg. — 50 Cts.

Durch Unterzeichnete sind zu beziehen:

Einbanddecken zur Sozialdem. Bibliothek Band II.

in Roth und Braun.

Preis 40 Pfg. — 50 Cts. Porto extra.

Durch uns ist zu beziehen:

Vor und nach der Schlacht.

Vortrag von S. Nachow

gehalten im Komm. Arbeiter-Bildungsverein London.

Preis 20 Cts. — 15 Pfg.

Zahlreichen Bestellungen sehen entgegen

Verhandlung und Expedition des „Sozialdemokrat“ Göttingen-Zürich.

Zürich Samstag, den 11. August, Abends 8^{1/2} Uhr, im großen Saale (3 Treppen hoch) des Schwane (Stadt):

Oeffentliche

Versammlung der deutschen Sozialisten.

Tagungsordnung:

Sozialismus und die Krust.

Referent: Bgr. B. c.

Zu zahlreichem Besuche laden freundlichst ein

Der Sozialausflug

Jebermann hat Zutritt.

Zur Beachtung.

Alle Genossen, welche nach Amerika (New-York) reisen, werden in ihrem eigenen Interesse ersucht, sich sofort nach ihrer Ankunft nach dem Hauptquartier der Sozialistischen Arbeiterpartei:

Nr. 25 Dr. 4. Street,

zu begeben.

Ferner diene Allen, welche gezwungen sind, um Unterstützung nachzuforsuchen, zur Nachricht, daß solche nur gegen Vorweisung von Legitimationen neueren Datums, unterzeichnet von bekannten Vertrauenspersonen, gewählt werden kann.

Berufung auf Genossen, welche schon längere Zeit hier im Lande sind, am nicht verächtlich zu werden.

Das Unterstützungs-Komitee der S. A. P.

[4X] Section New-York.

Gemein. Gemeinheitsbestrafter und Volksbegehren von 2. Dtscher.